

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Straße 43.

Inserate für die Bergespalst, Petitzelle oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg. Beilagen nach Abereinunft.

Das Ruhebedürfnis der Gewerkschaften.

Die Diskussion über den Gewerkschaftskongress ist in der Hauptsache beendet. Die Kritiker des deutschen Gewerkschaftswesens haben sich anderen und wohl auch dankbareren Aufgaben zugewendet, als es ihre Gewerkschaftskritik nun einmal ist. So können wir uns nun in aller Gemütsruhe mit der kritischen Durchsicht jener Berge von Zeitungsartikeln beschäftigen, welche die Kritiker unserer Gewerkschaften nach dem Kölner Kongress um uns aufgetürmt haben. Eine Arbeit, die man nicht zu den vernünftigen zählen kann, die aber notwendig ist, soll die Klarheit über die Aufgaben und Ziele der Gewerkschaften in der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft nicht verloren gehen.

Auf alle Kritiken und Beschuldigungen und wohlmeinenden Ratschläge unserer geschätzten politischen Berater und Kritiker eingehen, ist natürlich nicht möglich. Der beschränkte Raum unserer Zeitung und unsere erste Pflicht, vor allem der gewerkschaftlichen Propaganda nicht zu vergessen, sind bestimmend für uns, wenn wir uns nur mit den namhaftesten Kritikern und mit den gewichtigeren Einwendungen, die gegen die deutschen Gewerkschaften erhoben worden sind, beschäftigen. Und wir können uns in unserer antikritischen Arbeit ja um so leichter beschränken, als einige Parteiblätter, die zu den lautesten Rufem im Streite um eine bessere kritikalere Gewerkschaftsbewegung zählten, sich selbst einen gewichtigen Dämpfer aufgesetzt haben. Wir verweisen dafür nur auf die Tatsache, daß die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ und die Elberfelder „Freie Presse“ ihren Kritiken Aufsätze über die erfolgreiche Arbeit der Kölner Tagung folgen ließen, die der Sache mehr gerecht wurden.

Wir haben uns da in erster Linie mit der Würdigung zu beschäftigen, die Genosse Kautsky in der „Neuen Zeit“ dem Gewerkschaftskongress hat zuteil werden lassen. Kautskys Standpunkt zur Gewerkschaftsfrage ist in der Hauptsache unseren Lesern ja bekannt, wir haben uns damit ja des öfteren beschäftigen müssen, zuletzt erst noch gelegentlich des Bergarbeiterstreiks. Nach dem, was er in letzter Zeit über die Gewerkschaftsbewegung geschrieben hat, urteilt Kautsky über die Gewerkschaften, auch über die deutschen, sehr pessimistisch. Nach ihm sind die deutschen Gewerkschaften nicht zielbewusst und nicht kampfesfreudig genug, ihre Erfolgsgläubigkeit ist beschränkt. Das hat Kautsky in letzter Zeit oft genug zum Ausdruck gebracht, und auch sein Artikel über den Kölner Gewerkschaftskongress ist von dieser Meinung beherrscht. Was dazu zu sagen war, haben wir schon gelegentlich des Bergarbeiterstreiks gesagt, wir können uns also auch hier kurz fassen.

Besonders eingehend beschäftigt sich Kautsky diesmal mit dem Ruhebedürfnis der deutschen Gewerkschaften. Aus einer Äußerung Bömelburgs in seinem Referat über den Generalstreik, die sich nur gegen die unberufenen Kritiker des deutschen Gewerkschaftswesens, gegen ihre superklugen taktischen Vorschläge, gegen ihre immerwährenden und ewigen Paarpalastereien und theoretischen Raubalgereien richtete, an denen nur noch unsere Gegner wie an jeder Fez' ihre Freude hatten, beweist Kautsky wieder einmal unsere Minderwertigkeit.

„Wir (die deutschen Gewerkschaften) bedürfen zum Weiterstreben der Ruhe“, sagte Bömelburg in Köln. Jeder, der Bömelburgs Art kennt, jeder, der seinen Ausführungen mit Verständnis folgte, mußte wissen, daß dieses Ruhebedürfnis nicht geltend gemacht wurde von Leuten, die nach Art eines Münchener Bierphilisters ausrufen: „Mei Ruh will i hobn“; daß es nicht der Angstschrei eines Gewerkschaftsführers war, der sich der mit Macht anstürmenden Gegner nicht mehr erwehren kann, sondern daß es nur eine laute Mahnung an unsere — geistigen Führer war, sich endlich auf sich selbst zu besinnen und auch an die der organisierten Arbeiterschaft recht unangenehmen Folgen ihrer Streitereien — die schließlich doch nur zu Streitereien um des Streites willen ausarteten — zu denken. Bömelburgs Äußerung richtete sich weiter gegen jene Führer, die uns seit Jahrzehnten so gar eindringlich vor Ideen gewarnt hatten — wie die nach ihnen so organisations- und den Fortschritten der Arbeiterbewegung so feindliche Idee des Generalstreiks eine ist — und die die Propagandierung dieser selben sonst so verpönten Idee jetzt zur Bedingung für jeden guten Klassenkämpfer machen.

Was macht aber Kautsky aus dieser Bömelburgschen Äußerung? Er vergleicht das Ruhebedürfnis der deutschen Gewerkschaften mit dem Ruhebedürfnis der — Frankfurter Nationalversammlung von 1848 und 1849. „Das Ruhe-

bedürfnis der Nationalversammlung sicherte nicht die Ruhe und schon gar nicht den Sieg; es bewirkte bloß, daß die zahlreichen Opfer, die der Aufstand schließlich kostete, umsonst fielen.“ Und so sieht Kautsky uns schon auf der schiefen Bahn, die nach dem Abgrund oder nach dem Sumpfe führt, angelangt. Unser „Ruhebedürfnis“ führt uns „direkt dorthin, wo heute die englischen Gewerkschaften stehen, mit ihren großen Rassen und ihrer ebenso großen Impotenz und Apathie“, es läßt uns „die schlimmsten Demütigungen und Entrechtungen ruhig hinnehmen“, es entwickelt bei uns den „hochgradigen Krämerfinn, der jede Aktion verabscheut, die sich nicht sofort in klingender Münze bezahlt macht“.

Das ist denn doch etwas stark! So kann nur reden, wer unsere so opferfreudigen, so zielbewußten Gewerkschaften, die der sozialdemokratischen Partei zu so großen Triumphen verholfen haben, ihrem Wesen nach nicht kennt. Beiläufig gesagt, ist es von Kautsky recht gefährlich, von einem „hochgradigen Krämerfinn, der jede Aktion verabscheut, die sich nicht sofort in klingender Münze bezahlt macht“, zu reden. Sondernmalen die Gewerkschaften den Spieß umdrehen und von dem hochgradigen Krämerfinn politischer Führer reden könnten, die jede gewerkschaftliche Aktion verabscheuen oder zu einer Niederlage stempeln, „die sich nicht sofort in klingender Münze bezahlt macht“.

Allerdings gibt Kautsky sein hartes Urteil nur bedingt ab, er meint es nicht gar so schlimm, er spricht nur hypothetisch von der Impotenz, der Apathie und dem Krämerfinn der deutschen Gewerkschaften. Er malt gewissermaßen nur den Teufel an die Wand. „Hört, ihr seit gewarnt! Wenn ihr euch nicht bessert, so werdet ihr wie die Engländer usw.“ ruft er uns zu. Er gesteht sogar ein, daß es mit uns noch nicht gar so schlimm steht als mit den Engländern, daß infolge dessen „zu einer so pessimistischen Auffassung nicht der mindeste Grund vorhanden“ ist. Das liegt aber nicht an unserem guten Willen, es den Engländern gleich zu tun, das liegt in der Hauptsache an den Gegen Tendenzen, die in Deutschland die Gewerkschaften vor der Versumpfung bewahren; mit diesen Gegen Tendenzen ist wohl die deutsche Reaktion gemeint. Wir kennen aber noch andere Gegen Tendenzen, die einer Anglistisierung der deutschen Gewerkschaftsbewegung entgegenwirken, und das ist vornehmlich unser eigener Wille, der sich durch unsere sozialistische Schulung gebildet hat. So wie die deutsche Arbeiterschaft die sozialdemokratische Partei groß und stark gemacht hat und ihrem Wirken einen Inhalt gegeben hat, so hat sie auch starke Gewerkschaften geschaffen. Und die Stärke der Gewerkschaften und ihr Zielbewußtsein duldet sich in der Stärke und dem Zielbewußtsein der Partei aus und umgekehrt. Das eine ist vom anderen nicht zu trennen, und es geht nicht an, Schäden in der Gewerkschaft zu sehen, die man an der Partei nicht erblickt, wo beide doch von einem und demselben Willen der deutschen Arbeiterschaft befeelt sind. Wir alle, die wir in den Gewerkschaften arbeiten, haben immer unser Bestes der Partei gegeben, wir haben alles für die Partei getan, was zu tun nur irgendwie möglich war, und glaubten deshalb vor einer ungerechten Kritik wie der Kautskyschen sicher zu sein. Wir haben uns darin getäuscht, und diese ungerechte Kritik hat dann in Köln und nach Köln zu der so deutlichen Abwehr gegen einige politische Führer Veranlassung gegeben.

Ungerecht in höchstem Maße ist auch, was Kautsky den Gewerkschaften zur Entschuldigung ihres Ruhebedürfnisses nachsagt. „Wenn unter den deutschen Gewerkschaften sich anglistisierende Tendenzen bemerkbar machen, so liegt das nicht an den einzelnen Führern, sondern an dem Wesen der Gewerkschaften selbst. Je größer eine solche Korporation, desto wettertragend auch die Konsequenzen jedes ihrer Schritte, desto mehr hat sie bei jeder Niederlage zu verlieren, desto schwerer die Verantwortlichkeit, die auf ihren Beamten lastet. Das gilt in gewissem Sinne auch für die Partei, macht sich aber in der Gewerkschaft viel mehr geltend, einmal weil sie weniger unter dem Zwange der politischen Situation steht, die immer wieder neue Kämpfe erzeugen, denen die Partei nicht ausweichen kann, während die Gewerkschaft freier ist in der Wahl ihres jeweiligen Kampffeldes und des Kampfbekanntes. Dann aber, weil bei der Gewerkschaft jeder Mißerfolg sofort viel greifbarere Nachteile nach sich zieht. Vor allem aber deswegen, weil die Grundlage der Kraft der Partei fast ausschließlich in der Zahl und der Qualität ihrer Mitglieder, ihrer Intelligenz, ihrem Opfermut, ihrer Disziplin, ihrer Rücksichtslosigkeit, ihrer Kampfesfreudigkeit beruht, während bei den Gewerkschaften daneben noch in großem Maße ihre Rassen in Betracht kommen. Der Besitz macht aber immer ruhebedürftig, der kollektive ebenso wie der private, ja jener fast mehr noch als dieser. Denn der Privatbesitz kann durch kluges Wagen gewinnen, das ist beim kollektiven fast immer ausgeschlossen. In dieser Wirkung des Besitzes ist die Achillesferse von Ge-

werkschaften und Genossenschaften zu finden. Das entscheidende Machtmittel des kämpfenden Proletariats wird stets die überlegene Zahl und Qualität seiner Menschen bilden, nie ihr Besitz. Der Glaube, das Proletariat könne jemals durch seine Geldmittel dem Kapital auch nur unbehaglich werden, ist der schlimmste Köhlerglaube, den es gibt. Selbstverständlich, ganz ohne Geld geht's in der kapitalistischen Gesellschaft nirgends; und je mehr Geld die proletarischen Organisationen haben, um so kraftvoller sind sie — solange jene moralischen Qualitäten ihrer Mitglieder nicht leiden, auf denen die Stärke jeder proletarischen Organisation beruht. ... Es bildet eine sonderbare Fronte des Schicksals, daß auf dem Gewerkschaftskongress das Bedürfnis der Gewerkschaften nach Ruhe in einem Jahre proklamiert wird, das revolutionärer ist als irgend eines seit einem Menschenalter. Mögen die Gewerkschaften in dieser Situation noch so sehr das Bedürfnis nach Ruhe haben, sie sind zu stark und selbständige Arbeiterorganisationen, als daß sie ihnen zuteil würde. Und mögen die deutschen Gewerkschaften das Ruhebedürfnis mit den englischen gemein haben, so ist es bei den ersteren doch noch viel zu wenig entwickelt, als daß es sie veranlassen könnte, sich zu ducken und alles ruhig hinzunehmen. Sie werden in den kommenden Kämpfen ihren Mann stellen; und sie werden sie ausfechten Seite an Seite mit der Sozialdemokratie, trotz einzelner Reibungen. Dafür werden die Verhältnisse schon sorgen. Und wenn das augenblickliche Ruhebedürfnis der deutschen Gewerkschaften zum Teil dem Empfinden entspringt, daß die bisherigen Methoden des Kampfes für weite und stets wachsende Gebiete des gewerkschaftlichen Kampfes immer unzureichender werden, so wird dies selbe Empfinden vielmehr das Suchen nach neuen und wirksameren Methoden des Kampfes hervorrufen, wenn es sich herausstellt, daß die angestrebte Ruhe ein unerfüllbarer frommer Wunsch ist.“

So wohlmeinend das alles im Grunde genommen den Gewerkschaften gegenüber sein will, so sehr müssen wir doch gegen eine solche Beurteilung unserer Qualitäten und unseres Wirkens und der Motive, aus denen heraus es erklärt wird, protestieren. Es geht nicht an, hervorzuheben, daß „die Grundlage der Kraft der Partei fast ausschließlich in der Zahl und der Qualität ihrer Mitglieder, ihrer Intelligenz, ihrem Opfermut, ihrer Disziplin, ihrer Rücksichtslosigkeit, ihrer Kampfesfreudigkeit beruht“, und diese Grundlagen der Partei in einem gewissen Gegensatz zu denen der Gewerkschaft zu nennen, bei welcher „daneben noch in großem Maße ihre Rassen in Betracht kommen“. Es geht nicht an, weil in den Gewerkschaften sowohl wie in der Partei die Personen von der Sache sich nicht trennen lassen, und jene Massen, die durch ihre Zahl und Qualität, ihre Intelligenz, ihren Opfermut, ihre Disziplin, ihre Rücksichtslosigkeit und ihre Kampfesfreudigkeit die Partei zu ihrer achtunggebietenden Stellung emporgehoben haben, bilden doch die Elite der Gewerkschaftsbewegung. Und es wäre ein Zeichen sehr viel geringerer Qualitäten, als sie den Parteimitgliedern so mit Recht nachgesagt werden, wollte man, wie es nach den Kautskyschen Ausführungen möglich ist, annehmen, daß jene Parteigenossen, die doch nun einmal zahlenmäßig und durch ihre Qualität in den Gewerkschaften das Übergewicht bilden, bei ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit ihre Intelligenz, ihren Opfermut, ihre Disziplin und ihre Kampfesfreudigkeit ihrer Gewerkschaftsklassen zuliebe vermissen ließen. Umgekehrt ist es recht eigentümlich, von einem den Fortschritt der Arbeiterklasse hindernden Rassenwesen der Gewerkschaften zu reden zu einer Zeit, wo in den Parteiverfassungen sich oft genug der Unwille über den Fiskalismus der Partei sich bemerkbar macht.

Mehr noch müssen wir gegen Kautskys Ausführungen protestieren, wonach unsere Gewerkschaften trotz ihres Ruhebedürfnisses und gegen ihren Willen die zahlreichen Kämpfe der Gegenwart zu führen hätten, und daß es nur diesen unwilligen Kämpfern zu danken sei, wenn wir nicht versumpften. Dem ist doch einfach entgegenzuhalten, daß wir trotz den nach Kautsky uns so sehr gefährlichen Ausperrungen, wie wir sie gegenwärtig zu bestehen haben, doch zu gleicher Zeit eine Lohnbewegung führen, wie sie gewaltiger noch zu keiner Zeit geführt worden ist. Beweist das nicht, daß wir viel kampfesfreudiger sind als selbst unsere Kritiker, die uns immer so viel von der großen unbewinglichen Übermacht des Unternehmertums reden, wenn wir trotz dieser Unbezwinglichkeit immer wieder mit diesem Unternehmertum Kämpfe wagen, zahlreicher und umfangreicher, als sie je geführt worden sind; beweist das nicht, daß von all den uns nachgesagten anglistisierenden Tendenzen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung aber auch nicht im mindesten die Rede sein kann.

Nein, die deutschen Gewerkschaften sind nicht „ruhebedürftig“ in dem Sinne, wie Kautsky es befürchtet. Die ganze gewaltige Lohnbewegung der Gegenwart ist dafür der beste Beweis. Wenn in Köln ein Bedürfnis nach Ruhe sich bemerkbar machte, so richtete sich das lebhaftig gegen jene

Freunde unserer Sache, die es wohl ganz gut meinen, die aber durch ihre Quertreibereien und durch ihre Seitenprünge unserer Sache mehr schaden als nützen. Jenen Seiten, die durch ihre Kritiken und ihre Vorschläge nur immer wieder beweisen, daß ihnen die Kenntnisse und Erfahrungen fehlen, um die Technik des gewerkschaftlichen Kampfes richtig beurteilen zu können, galt die Mahnung in Köln: „Laßt uns mit eurer Weisheit in Ruhe“.

Die Tarifentwicklung in der Holzbearbeitungs- und Verzierungsindustrie.

Unter diesem Titel hat der Verlag von Gustav Fischer in Jena einen Sonderabdruck aus dem Werke von Fanny Imle „Gewerbliche Friedensdokumente“ veranstaltet. Als Holzbearbeitungs- und Verzierungsindustrie hat die Verfasserin neben der eigentlichen Holzindustrie auch alle jene Gewerbe zusammengefaßt, welche sich den Haus- und Zimmerschmuck zur Aufgabe machen.

Bei der Besprechung der Tarifentwicklung in diesen Berufen ist die Holzindustrie an die Spitze gestellt, weil sie das Interessanteste und Bedeutendste enthält, was in diesem Teil des Werkes mitzuteilen ist. In dem einleitenden Kapitel berührt der stilistische Ton unangenehm, welchen die Verfasserin anzuschlagen beliebt. Sie sagt: „... Die revolutionäre Tarifopposition, welche sich Mitte der neunziger Jahre einer Seuche gleich fast in allen freien Gewerkschaften verbreitet hatte, erwies sich auch in diesen Berufsgruppen als harmlose Kinderkrankheit, welche dem erstarrten Gewerkschaftsorganismus nicht mehr gefährlich werden kann.“ Von der vom Nürnberger Verbandstag im Jahre 1900 angenommenen Resolution über Tarifverträge heißt es, daß in ihr „noch das alte Tarifmißtrauen verschämt zum Durchbruch kommt“. An den Satz aus jener Resolution: „Der Verbandstag sieht in dem Abschluß solcher Verträge keine Aufgabe eines gewerkschaftlichen Prinzips, sondern die Anerkennung eines starken Einflusses der gewerkschaftlichen Organisation, da ohne die Organisation solche Vereinbarungen keinen Rückhalt haben,“ werden folgende Bemerkungen geknüpft: „Mit dieser Stellungnahme entfesselte der Verbandstag nicht nur die zurückgehaltene Aktionslust mancher heimlicher Freunde des Kollektivvertrags, sondern erteilte auch gleichsam Generalabsolution für alle bisher in lokalen Rahmen ausgefochtenen Tariffämpfe und verbürgte den durch sie erzielten illegitimen Errungenschaften für die Zukunft seinen väterlichen Schutz.“ Diese Sätze zeugen zwar von einem ziemlich stark entwickelten Selbstbewußtsein der Verfasserin, haben aber den Fehler, daß sie die Stellung, welche der Holzarbeiterverband der Tarifentwicklung gegenüber eingenommen hat, nicht richtig wiedergeben. Die „revolutionäre Tarifopposition“ hat, sofern sie im Holzarbeiterverband überhaupt vorhanden war, hier nur eine sehr bescheidene Rolle gespielt. Wenn trotzdem vor dem Jahre 1900 nur sehr wenige Tarife abgeschlossen wurden, so ist die Ursache hierfür zunächst darin zu suchen, daß die Arbeiterorganisation in vielen Fällen keinen geeigneten Kontrahenten finden konnte, da eine Unternehmerorganisation, welche eine Garantie für die Einhaltung des abzuschließenden Vertrags übernehmen konnte, in den seltensten Fällen vorhanden war. Ein wichtiges Moment, welches den Abschluß von Tarifverträgen in der Holzindustrie auch heute noch erschwert, ist die durch die Eigenart des Berufs bedingte Schwierigkeit, bestimmte Lohnverhältnisse zu fixieren. Imle irrt, wenn sie meint, daß dies nur ein Vorwand zur Verwerfung jedweder tatsächlichen Lösung gewesen sei, und wenn sie die Geschichte der Holzarbeiterorganisation näher gekannt hätte, dann hätte sie das Einleitungskapitel vermutlich in einer anderen Tonart geschrieben.

Die meisten der in der Holzindustrie abgeschlossenen Tarifverträge findet man bei den Tischlern. Der älteste ist der Tarifvertrag der Bau- und Möbeltischler in Leipzig, welcher im Jahre 1887 abgeschlossen und seither wiederholt revidiert wurde. Demselben wurde im Jahre 1898 ein solcher für weiße Möbel und im Jahre 1900 ein Bauanschlägerartiklar zur Seite gestellt. Im Jahre 1888 wurde in Stettin ein Tarif abgeschlossen, 1889 in Bergedorf-Sande, 1896 in Zittau, 1897 in Lübeck, 1899 in Rößlin und in Zehlendorf. Der Tarif der Hamburger Bauanschläger ist im Jahre 1901 abgeschlossen; in Posen schlossen die Bautischler ihren Vertrag im Jahre 1902 ab, die Möbeltischler 1903, vom gleichen Jahre datiert auch der Tarif der Möbeltischler in Gösch. Außer den genannten Orten gibt es noch in einer Reihe von Städten Firmenabmachungen; ferner werden hoch als Städte, in welchen Tarife existieren, die jedoch der Bearbeiterin nicht zugänglich waren, genannt Bunzlau, Wiesbaden und Freiburg (Bauanschläger). Diese Liste kann freilich auf Vollständigkeit keinen Anspruch machen; das ist ein Mangel, mit welchem jede private Enquete rechnen muß.

Dem Abschluß der Tarifverträge ist in den meisten Fällen ein längerer oder kürzerer Streik vorausgegangen. In Bergedorf, Stettin und Zittau kamen die Vereinbarungen durch friedliche Verhandlungen zustande, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß hier ähnliche Motive mitgewirkt haben wie in Lübeck, wo der Vertrag zwar nicht die unmittelbare Folge eines Streiks war, die Unternehmer aber noch den Schaden in Erinnerung hatten, der ihnen einige Jahre zuvor durch einen längeren Kampf zugefügt worden war, oder wie in Leipzig, wo ein Streik der Möbelarbeiter, der zur Festlegung eines Abkommens führte, auch die Folge hatte, daß die Bauanschläger zu einem Tarif kamen, ohne selbst einen Streik führen zu müssen.

Was über die Zahl der Berufsgenossen gesagt ist, für welche die einzelnen Tarife gelten, können wir an dieser Stelle übergehen. Diese Angaben dürften auf mehr oder weniger genauen Schätzungen beruhen, auch sind das Größen, die einem fortwährenden Wechsel unterliegen. Das Urteil, welches unsere Leipziger Kollegen über den Wert der Tarifverträge abgeben, wird wohl auch für die Mehrzahl der Tarife in den anderen Orten gelten. Es heißt dort: „Tarife werden nur gehalten, wenn die Arbeiter darauf drängen“, und weiter: „Das gegenseitige Verhältnis ist nach unserer Beobachtung durch Tarife allein nicht wesentlich zu beeinflussen, solange nicht die Stärke der Organisation den Tarif den nötigen Nachdruck verleiht.“ Das sind Worte, welche wir den Kollegen allerorts dringend zur Beherzigung empfehlen. Es genügt nicht, einen Kampf durch einen noch so schönen Tarifvertrag zum Abschluß zu bringen, die erzielten Erfolge werden bald wieder verloren gegangen sein, wenn nicht ständig eine starke Organisation über die Aufrechterhaltung des Errungenen wacht.

Bezüglich des materiellen Inhaltes der Tarifverträge verweisen wir auf die Veröffentlichung in Nr. 11 der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom Jahre 1904. Jenem Artikel hat ein großer Teil des Materials zugrunde gelegen, welches in dem vorliegenden Werke von Imle verarbeitet wurde. Das gleiche gilt auch von den Tarifverträgen der Würstchenmacher in Hamburg und München und denen der Korbmacher in Biberach, Hamburg und Rößchenbroda.

Der Tarifbewegung der Parkettleger ist ein besonderer Abschnitt gewidmet und dies damit begründet, daß in dieser Branche verhältnismäßig zahlreiche Korporativverträge vorhanden sind und daß sich unverkennbare Vorboten einer nationalen Tariffaktion zeigen. Der älteste der bearbeiteten Tarife ist der in Freiburg i. B., welcher im Jahre 1897 abgeschlossen wurde; der Münchener Tarif ist im Jahre 1898, der Leipziger 1900 und der Nürnberger 1902 abgeschlossen. Die Tarife in Dresden und Stuttgart, welche schon seit längerer Zeit bestehen, sind der Bearbeiterin nicht zugänglich gewesen. Außerdem wird das Berliner Abkommen vom Jahre 1900 und als neueste Errungenschaft der im März 1904 in Hannover vereinbarte Vertrag erwähnt.

Unter den Holz verarbeitenden Berufen, deren Arbeiter nicht im Holzarbeiterverband organisiert sind, sind in erster Linie die Glaser zu nennen, welche, soweit die Rahmenmacheri in Betracht kommt, den Tischlern in hohem Maße berufsverwandt sind. Daher kommt es, daß zum Beispiel in Dresden die Tischlerinnung die Arbeitsbedingungen nicht nur mit dem Holzarbeiterverband, sondern auch mit den Glasern tariflich geregelt hat. Bei den Glasern galt die Tariffaktion in erster Linie der Regelung und entsprechenden Bezahlung der Überstunden; hatten doch nach einer im Jahre 1897 aufgenommenen Statistik 50 Prozent der Befragten Überstunden periodisch geleistet, im Jahre 1902 waren es immer noch 26 Prozent, von welchen 11,3 Prozent keinen Überstundenausschlag erhalten hatten. Die Unmenge der geleisteten Überstunden hat den Verbandsvorstand veranlaßt, den Abschluß eines nationalen Korporativabkommens anzuregen, ohne jedoch mit diesem Gedanken bei den Unternehmern Gegenliebe zu finden. In den in größerer Zahl vorhandenen örtlichen Tarifverträgen ist neben der Regelung der Arbeitszeit besonders auf die Festlegung der Akkordpreise Gewicht gelegt. Die tägliche Arbeitszeit ist in den meisten Fällen auf 9½ und 10 Stunden festgesetzt, eine längere Arbeitszeit, und zwar 9 Stunden, existiert in Berlin, Jena und Leipzig.

In dem Kapitel über das Böttchereigewerbe sind auch die in den Stapelfabriken und den fleischhandwerklichen Böttchereien beschäftigten Böttcher in Betracht gezogen. In diesem Berufe, in welchem fast ausschließlich in Akkord gearbeitet wird, sind teilweise von alters her eine Menge Akkordtarife vorhanden, die jedoch meist recht formlos abgefaßt sind. Moderne Tarifverträge sind in 8 Städten vorhanden, von welchen 8, in Hannover, Dortmund und Lübeck, tabellarisch dargestellt sind. Die Arbeitszeit beträgt in diesen Städten 9 beziehungsweise 9½ und 10 Stunden, der Lohn in Dortmund 4 Mk. pro Tag, in Hannover 50 Pf. und in Lübeck 42 Pf. pro Stunde. In Dortmund und Hannover ist ein detaillierter Akkordtarif ausgearbeitet, während in Lübeck ein solcher fehlt. Für die Herstellung von Fässern machen sich, besonders in Rheinland-Westfalen, Ansätze zu einer bezirksweisen Tarifverallgemeinerung bemerklich.

In die Verzierungsindustrie sind auch die Gewerbe der Tapezierer, Maler und Stukkateure einbezogen. Die beiden letztgenannten Berufe stehen mit der Holzindustrie in einem so engen Zusammenhang, daß es sich erübrigt, auf deren Tarife an dieser Stelle näher einzugehen.

Von den durch die Tapezierer vereinbarten Tarifen sind 14 tabellarisch zusammengestellt, von diesen sind 9 auf eine bestimmte Zeitdauer abgeschlossen, während die übrigen Vereinbarungen auf unbestimmte Zeit festgelegt sind. Die Mehrzahl der Tarife stammt aus dem Frühjahr 1904, zwei sind im Jahre 1903 und einer, der in Würzburg, ist im Jahre 1901 vereinbart. Die prinzipielle Tarifgegenseitigkeit, von welcher irrümlich in dem Einleitungskapitel zu den Tarifen der Holzarbeiter die Rede ist, scheint bei den Tapezierern tatsächlich vorhanden gewesen zu sein, denn es wird ein Beschluß zitiert, welcher von der im Jahre 1900 auf einem Kongreß versammelten Gehilfenschaft gefaßt wurde, in welchem sich diese mit den Beschlüssen des Frankfurter Gewerkschaftskongresses in bezug auf die Tarifgemeinschaften nicht einverstanden erklärt. Trotzdem wurde noch im selben Jahre in Hamburg ein Tarif abgeschlossen, welchem bald darauf Vertragsabschlüsse in Lübeck und in Berlin folgten.

Besonders erfolgreich war, wie bereits erwähnt, die Tarifbewegung im Jahre 1904.

Von den übrigen Berufen der Holzindustrie ist die Vergolderbranche zu erwähnen. In diesem Beruf hat in Berlin eine Bewegung eingesetzt, welche die Beseitigung der Akkordarbeit zum Ziele hatte. Das hatte zur Folge, daß die Fabrikanten den Zwischenmeistern die Einführung der Lohnarbeit verboten. Im Laufe weniger Jahre gelang es den Arbeitern, die Zwischenmeister in zwei Lager zu spalten, von welchen das eine mit den Arbeitern sympathisierte. Dadurch war den Unternehmern die ihnen bisher zur Verfügung stehende Schutztruppe entzogen, was von günstigem Einfluß auf ihre Vertragsfreundlichkeit war. Im Jahre 1904 wurde ein Vertrag abgeschlossen, durch welchen den Zwischenmeistern gestattet wurde, wieder Lohnarbeiter einzustellen. In einigen Orten existieren für die Branche Fixmentarife. Bei den Bildhauern trat in letzter Zeit die Generalversammlung des Verbandes entschieden für Tarifgemeinschaften ein; bei den Goldbildhauern ist auch bereits eine nationale Tariffaktion in Vorbereitung. Örtliche Tarife sind vor kurzer Zeit in Berlin und in Detmold abgeschlossen worden.

Das vorliegende Buch kann man, ohne sich mit allen Wendungen und Schlussfolgerungen einverstanden zu erklären, als eine fleißige und dankenswerte Arbeit anerkennen. Sein Hauptwert liegt darin, daß zum erstenmal eine zusammenhängende Darstellung der Tarifbewegung in allen Berufen gegeben wurde, aus welcher derjenige, welcher sich für diese Seite der Gewerkschaftstätigkeit interessiert, viel Belehrung schöpfen kann. Ein Mangel ist es freilich, daß die Darstellung nicht erschöpfend ist. Einem privaten Bearbeiter wird es eben in den seltensten Fällen gelingen, das einschlägige Material lückenlos zusammenzubringen, dazu kommt noch, daß die in Betracht kommende Materie sich in beständigem Fluß befindet. Fortwährend werden in diesem oder jenem Beruf neue Verträge abgeschlossen, alte geändert oder aufgehoben, so daß ein Werk wie das vorliegende in dem Augenblick, in welchem es abgeschlossen wird, in einzelnen Partien bereits veraltet ist. Eine periodische Herausgabe des Werkes unter Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Veränderungen der bestehenden Tarife dürfte kaum in der Absicht der Herausgeberin liegen, obwohl hierfür zweifellos ein Bedürfnis vorhanden wäre. Das Bedürfnis, weitere Kreise mit dem Ergebnis auf dem Gebiet der Tarifbewegung fortlaufend bekannt zu machen, ist auch vom Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes anerkannt worden, welcher dem gedruckten Jahresbericht der Gauvorstände für das Jahr 1904 zum erstenmal in einem Anhang die in diesem Jahre abgeschlossenen Tarifverträge in der Holzindustrie beigegeben hat und diese Übung auch künftig beizubehalten gedenkt. Dieser Anhang macht das Studium der Berichte besonders interessant.

Für denjenigen, welcher in der Gewerkschaftsbewegung agitatorisch oder organisatorisch tätig ist, wird es aber nicht genügen, die Tarifentwicklung im eigenen Beruf kennen zu lernen, er wird auch das Bedürfnis haben, sich über die Erfolge der Tarifbewegung in den fremden Berufen zu unterrichten; für diesen Zweck kann das Studium des besprochenen Werkes nur empfohlen werden.

Die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1904.

Das Institut der Arbeitersekretariate ist noch verhältnismäßig jung; das älteste Sekretariat, das in Nürnberg, welches für alle späteren derartigen Gründungen als Muster anerkannt wurde, ist erst im Jahre 1894 errichtet worden. Vorher bestand wohl schon seit dem Jahre 1889 eine ähnliche Einrichtung in Berlin als Reichsauskunftsstelle der Berliner Gewerkschaftskommission, doch hatte dieselbe im Reich wenig Beachtung gefunden. Im Jahre 1897 erfolgte die Gründung des Arbeitersekretariats in Stuttgart, in den folgenden Jahren vermehrten sich die Arbeitersekretariate immer stärker, so daß bis zum Schlusse des Jahres 1904 ihre Zahl auf 50 angewachsen ist. Seit dem Jahre 1901 gibt die Generalkommission eine Statistik der Arbeitersekretariate heraus und ist die vierte derartige Statistik in Nr. 22 des „Correspondenzblattes“ veröffentlicht.

Von den 50 Sekretariaten, die um Auskunft ersucht worden sind, haben 48 Berichte eingesandt, darunter waren 10, die im Berichtsjahr neu errichtet wurden. Von zwei Sekretariaten, denen in Würzburg und Landshut, waren Berichte nicht zu erlangen.

Der Zweck der Arbeitersekretariate ist in erster Linie die Auskunftserteilung, hauptsächlich in Rechtsfragen, und die Anfertigung der notwendigen Schriftsätze. Ein großer Teil der Arbeitersekretäre vertritt auch die Rechtshuchenden vor Gericht und beschäftigt sich daneben noch mit statistischen Arbeiten. Dabei hat sich gezeigt, daß die Errichtung von Arbeitersekretariaten vielfach einem wirklichen Bedürfnis entsprungen ist, ist doch die Zahl der Auskunftsuchen im Jahre 1904 auf 226260 angewachsen, darunter 8635 selbständige Gewerbetreibende. Die Mehrzahl der Sekretariate erteilt Auskunft an jedermann, dagegen wird von 16 Sekretariaten nur an organisierte oder nicht organisierte Personen Auskunft erteilt. Wenn man erwägt, daß die Sekretariate in der Hauptsache aus den Beiträgen der organisierten Arbeiter erhalten werden, dann wird man der Verweigerung der Auskunft an Unorganisierte die Berechtigung nicht verlagern können. Überall wird sich aber dieser Grundsatz nicht durchführen lassen, denn in einigen Orten dienen die Arbeitersekretariate neben ihrer eigentlichen Aufgabe noch dem Zwecke, Mitglieder für die gewerkschaftlichen Organisationen zu werben. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß überall dort, wo der letztere Zweck besonders in Betracht kommt, die Auskunft an jedermann ohne Rücksicht auf die Organisationszugehörigkeit erteilt wird. So wird im Sekretariat in Rattowitz, das wesentlich dazu dienen soll, die

gewerkschaftliche Organisation zu fördern, nur an Organisierte oder Nichtorganisationsfähige Auskunft erteilt, weil sich gezeigt hat, daß es nicht genügt, dem Rechtshilfe Suchenden die Verpflichtung aufzuerlegen, sich der Organisation anzuschließen. Es dürfte wenig Industriearbeiter in Oberösterreich geben, die nicht Kenntnis von dem Vorhandensein der Organisationen haben, und liegt kein Grund vor, Leuten, die keine Neigung zeigen, sich zu organisieren, die Vorteile aus den Einrichtungen der Organisation geneßen zu lassen.

Von den erteilten Auskünften entfallen auf Angelegenheiten der Krankenversicherung 12278, Unfallversicherung 40741, Invalidenversicherung 12748, auf Arbeitsfreistellungen 25578, Beihilfswesen 2210, Gefindevverhältnisse 5697, Arbeiterschuttsfragen ufm. 4112, auf Forderungen 18451, Ehe-, Vormundschafts- und Minderjährigensachen 14128, Erbrechtsfragen 6487, Wohnungsangelegenheiten 13863, Haftpflicht- und Zivilprozessen 9075, Pfändung, Lohnbeschlagnahme ufm. 9006, auf Strafsachen 15526, auf Fragen der Arbeiterbewegung 3380, auf Steuerfragen 6793, Gemeinde-, Staatsbürger- und Wahlangelegenheiten 6998, Armen- und Schulwesen 8822, Militärangelegenheiten 1910, ferner auf Gewerbetrieben und Privatversicherung 5818, auf Sonstiges 10263 Auskünfte. Es ist also ein sehr vielseitiges Gebiet, das die Arbeitersekretariate zu bearbeiten haben. Verhältnismäßig am stärksten werden die Sekretariate durch die Auskünfte auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung in Anspruch genommen, und hier sind es besonders die Unfallsachen, die bedeutende Arbeit verursachen. Auf diese Sachen beziehen sich auch die meisten der angefertigten Schriftsätze. Es ist bekannt, daß die unfallverletzten Arbeiter fast regelmäßig einen hartnäckigen Kampf um die Rente führen müssen; die meisten von ihnen ständen den mit allen Waffen bewaffneten Beamten der Berufsgenossenschaften hilflos gegenüber, wenn ihnen nicht in der Person des Arbeitersekretärs ein sachkundiger und energischer Berater zur Seite stünde.

Die Arbeitersekretariate sind in ihrer Mehrzahl Gründungen der örtlichen Gewerkschaftskartelle, in 22 Fällen werden sie auch direkt von den Gewerkschaftskartellen verwaltet, während in 24 Orten für die Verwaltung der Sekretariate eine besondere Kommission gebildet ist. Das Sekretariat in Oberhausen ist vom Bergarbeiterverband errichtet und untersteht der Kontrolle des Verbandsvorstandes. Das Sekretariat in Jena wird von dem Verlag des „Jenauer Volksblattes“ erhalten und untersteht der Kontrolle des Gewerkschaftskartells.

Die Kosten der Arbeitersekretariate werden in der Hauptsache durch die Beiträge der örtlichen Zahlstellen der Gewerkschaften aufgebracht, und zwar wird in den meisten Fällen ein auf den Kopf des Mitglieds berechneter Beitrag speziell für diesen Zweck erhoben. Die Höhe dieses Beitrags wird wesentlich beeinflusst durch die Zahl der Mitglieder der angeschlossenen Gewerkschaften, er schwankt zwischen 10 Pf. pro Mitglied und Jahr in Berlin und 2,60 Mk. in Göttingen.

Aus Arbeiterunternehmungen erhalten 11 Sekretariate bestimmte Zuwendungen. Nur ein Sekretariat, das in Göttingen, erhält vom Staate einen Zuschuß von 2000 Mk. jährlich. Zwei Sekretariate erhalten ihre Ausgaben aus der Kasse der Generalkommission vollständig gedeckt und eines erhält aus dieser Kasse und der des Metallarbeiterverbandes Zuschüsse. Die Gesamteinnahme der 36 Sekretariate, die eine besondere Kasse führen, betrug im letzten Jahre 184522 Mk. Davon kamen aus Beiträgen der Mitglieder der 151768 Mk., aus Arbeiterunternehmungen 14189 Mk., aus der Kasse des Staates 2000 Mk. Die sonstigen Einnahmen betrugen 12781 Mk. und 3830 Mk. wurden als Entschädigung für die Auskunftserteilung von Interessenten gezahlt. Im Verhältnis zu den Gesamteinnahmen ist also der letztere Betrag verschwindend klein.

Die Ausgaben betragen bei 37 Sekretariaten, die eine laufende Kasse führen, und dem Mannheimer Sekretariat, dessen Ausgaben aus der Kartellkasse gedeckt werden, 156874 Mk. An Gehälter und Entschädigungen wurden 98026 Mk., für Bureaumiete 12930 Mk., für Beleuchtung, Heizung und Reinigung 6228 Mk., für Bücher und Drucksachen 16389 Mk. verausgabt.

Die Erfolge der Arbeitersekretariate in den von ihnen vertretenen Klagesachen lassen sich ziffernmäßig schwer feststellen, da die Rechtsuchenden vielfach unterlassen, das Sekretariat über den Ausgang des Streitfalls zu unterrichten. Auf Grund der gemachten Angaben wurden folgende Feststellungen gemacht, die aber auf Vollständigkeit keinen Anspruch erheben: Von 31 Sekretariaten konnte für insgesamt 1641 Fälle ein günstiger Ausgang registriert werden. Davon betrafen 954 Fälle Unfallsachen, 144 Fälle Invalidensachen, 454 Fälle Rechtsfreistellungen vor den Gewerbegerichten, 7 Fälle Knappschachtsachen und 82 Fälle Angelegenheiten in Zuständigkeit der Gewerbeaufsicht. Es ist anzunehmen, daß der Erfolg für die Arbeiter in Wirklichkeit ein weit günstigerer ist, und es wäre lebhaft zu wünschen, daß die Arbeiter den Sekretariaten von dem Ausgang der Streitigkeiten, in denen diese ihnen Rechtshilfe gewährten, regelmäßig Mitteilung machen.

Der kurze Auszug, den wir vorstehend aus der interessanten Statistik der Arbeitersekretariate gegeben haben, zeigt, welche wertvolle Arbeiten diese Institute im Interesse der Arbeiter leisten. Indem die Gewerkschaften Sekretariate gründen und unterstützen, erweisen sie sich selbst den besten Dienst, denn schon die Existenz eines Arbeitersekretariats allein ist ein Mittel der Propaganda für die Organisationen, abgesehen von der direkten Agitationsstätigkeit, welche die Sekretariate entfalten. Der Meid hat verschiedentlich veranlaßt, daß Konkurrenzinstitute von christlichen und deutsch-dänischen Gewerbevereinen errichtet wurden; auch mehrere Stadtgemeinden haben sogenannte Auskunftsbureaus errichtet, um den von der organisierten Arbeiterchaft unterhaltenen Arbeitersekretariaten das Wasser abzugraben. Diese Konkurrenz hat jedoch noch kein Sekretariat genötigt, seine Tätigkeit einzustellen; im Gegenteil, die Zahl der Arbeitersekretariate vermehrt sich von Jahr zu Jahr, und ebenso nimmt auch die Zahl der Auskunftsuchenden ständig zu.

Soziales.

Ein Gewerbeinspektor für die Errichtung von Arbeiterkammern.

In seinem neuesten Bericht spricht sich der württembergische Gewerbeinspektor **S a r d e g** sehr sympathisch gegen

über den Bestrebungen der Arbeiterorganisationen aus, er bedauert aber, daß die Arbeiter immer noch keine gesetzlich geregelte Vertretung haben. Die Notwendigkeit einer solchen Vertretung hat sich schon früher bemerklich gemacht; im letzten Jahre wurde ihr Mangel unliebsam empfunden, als der Gewerbeinspektor sich gutachtlich über eine Eingabe an den Bundesrat äußern sollte, in welcher der Verband Deutscher Steinmehlgewerkschaften und die bayerischen Steinbruchbesitzer und Bauunternehmer eine Änderung der Vorschriften über die Beschränkung der Arbeitszeit in diesen Betrieben verlangten. Zu dem Zwecke mußten Unternehmer und Arbeiter gehört werden. „Solche protokolllarische Vernehmungen der Arbeiter, sagt Herr **S a r d e g**, beanspruchen nicht nur viel Zeit, sondern auch viel Mühe und Unständlichkeit, um die Arbeiter so vernehmen zu können, daß ihre Aussage von Rücksichten auf ihr Dienstverhältnis in keiner Weise beeinflusst ist. Bei der immer weiteren Ausgestaltung der Arbeiterschutzbestimmungen und dem Widerstand, der von der einen oder anderen Seite in Wort und Schrift zu erwarten ist, werden solche Erhebungen häufiger als bisher notwendig sein, und da macht sich das Bedürfnis nach einer Vertretung der Arbeiter in Arbeiterkammern besonders stark geltend.“

Ob dieser Ruf eines sachverständigen Beamten nach einer gesetzlichen Arbeitervertretung so bald erhört werden wird, ist sehr zweifelhaft. In den maßgebenden Kreisen wird wohl so stark damit beschäftigt sein, das Verlangen der preußischen Herrnhäuser nach einem neuen Zuchtstrafgesetz zu befriedigen, daß man keine Zeit finden dürfte, die berechtigten Wünsche der Arbeiter zu erfüllen.

Der Achtkundentag in der Praxis.

In der vorigen Nummer haben wir an der Hand eines Beispiels gezeigt, wie der Achtkundentag die Leistungsfähigkeit der Arbeiter fördert, heute sind wir in der Lage, durch ein amtliches Zeugnis zu beweisen, welcher günstigen Einfluß der Achtkundentag auf die moralische Hebung der Arbeiterschaft ausübt. Seit zwei Jahren ist in der Gasanstalt in Königsberg die Arbeitszeit, die vorher zwölf Stunden betragen hat, auf täglich acht Stunden reduziert worden; über die Erfahrungen, die sie in dieser Zeit gesammelt hat, hat nun die Verwaltung der Gasanstalt einen Bericht herausgegeben, in welchem gesagt wird, daß die Haltung der Betriebsarbeiter eine ganz vorzügliche war, dagegen waren Trunkenheit im Dienste und andere Disziplinarverletzungen gerade im Ofenhaus im alten Betrieb nicht selten. Früher stellte das Ofenhaus im Frühjahr und Herbst die meisten Kranken, meist handelte es sich um Rheumatismus oder acute Erkrankung der Atmungsorgane, seit Einführung des Achtkundentags ist diese Erscheinung verschwunden.

Dann heißt es in dem Bericht weiter: „Nach der Ansicht des gesamten Betriebsaufsichtspersonals zeigen die bisherigen Erfahrungen mit der abgekürzten Arbeitszeit, daß die leider oft ausgesprochene Erwartung, daß Arbeiter durch eine längere freie Zeit keine Vorteile für ihre gesamte Lebenshaltung erlangen und nur dem Alkoholismus tiefer verfallen, daß diese Erwartung bei der Gasanstalt durchaus nicht erfüllt ist.“

Auch die Leistungsfähigkeit der Arbeiter hat sich nicht verringert, bei Arbeiten auf freier langer Strecke ist die Leistung pro Mann und Tag sogar gestiegen. Kleine Übelstände ergeben sich zuweilen daraus, daß die Aufsichtsführenden bei der gesteigerten Leistungsfähigkeit der Arbeiterkolonnen zuweilen nicht schnell genug die Übernahme der Arbeit bewirken. Der Bericht referiert daher: „Die bestehende Arbeitsteilung hat sich bisher bestens bewährt, sowohl hinsichtlich des technischen Erfolges, als auch mit Rücksicht auf Kosten und Disziplin.“

All die Gründe, die wir unzähligmal für die Verkürzung der Arbeitszeit ins Feld geführt haben, finden also in diesem amtlichen Bericht ihre volle Bestätigung; das wird aber das Unternehmertum nicht hindern, jeder wirklichen Verkürzung der Arbeitszeit den ärgsten Widerstand entgegenzusetzen. Die Herren müssen immer erst durch erbitterte Kämpfe gezwungen werden, Maßnahmen zu treffen, die schließlich ihnen selbst den größten Vorteil bringen.

Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei findet dieses Jahr, einer Einladung des Parteivorstandes zufolge, in der dritten Septemberwoche im „Volkshaus“ zu Jena statt. Die für denselben vorgesehene Tagesordnung weist neben den üblichen geschäftlichen Punkten folgende Punkte von besonderer Wichtigkeit auf: „Die Parteiorganisation“, Referent Genosse v. Vollmar; „Die Matfeier“, Referent Genosse Richard Fischer, und „Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie“, Referent Genosse **W e b e l**. Wir werden über die Verhandlungen des Parteitags natürlich des ausführlichen berichten, um so mehr, als eine Reihe von Verhandlungsgegenständen unsere Mitglieder besonders interessieren dürfte.

Eine Bleiweißverordnung hat der Bundesrat unterm 27. Juni herausgegeben. Zu einem Verbot des Bleiweißes, welches die Arbeiter in dem Beruf der Maler und Anstreicher schon seit längerer Zeit fordern, hat man sich leider nicht entschließen können, immerhin dürften die getroffenen Vorschriften dazu dienen, die Gefahr der Bleierkrankung ein wenig einzuschränken, vorausgesetzt, daß sie mit genügender Schärfe durchgeführt werden; ganz verschwinden wird die gefährliche Bleiweiß aber erst dann, wenn der Gebrauch der giftigen Farbe gänzlich verboten ist.

Durch die Verordnung wird vorgeschrieben, daß die Arbeiter beim Zerklleinern, Mischen, Wischen oder sonstigem Bearbeiten von Bleiweiß oder anderen Bleifarben mit den bleihaltigen Stoffen nicht in Berührung kommen dürfen und vor dem sich entwickelnden Staube ausreichend geschützt sein müssen. Bleiweiß darf nicht mehr mit der Hand, sondern nur noch auf mechanischem Wege verrieben werden. Bei anderen Bleifarben ist das Verreiben mit der Hand gestattet, wenn es von über 18 Jahre alten Arbeitern geschieht, doch ist die größte Menge, die an einem Tage verrieben werden darf, festgesetzt. Beim Arbeiten mit Bleiweiß müssen die Arbeiter vollständig deckende Arbeitsanzüge und Kopfbedeckung

tragen, ihnen müssen Waschgefäße, Bürsten, Seife und Handtücher zur Verfügung gestellt werden, und in Neubauten und Werkstätten muß ihnen Gelegenheit gegeben werden, sich an einem frostfreien Orte zu waschen und ihre Kleider auszubewahren. Die gleichen Vorschriften gelten auch für Betriebe, in welchen Maler- und Anstreicherarbeiten im Zusammenhang mit einem anderen Gewerbebetrieb ausgeführt werden. Soweit hierbei Fabriken und Werften in Betracht kommen, muß außerdem noch den in Frage kommenden Arbeitern das Branntweintrinken und Rauchen bei der Arbeit verboten werden, und ist der Unternehmer verpflichtet, über den Wechsel und Bestand, sowie über den Gesundheitszustand der Arbeiter ein Buch zu führen.

Die Verordnung tritt am 1. Januar 1906 in Kraft. Als Anfang eines Schutzes der Arbeiter gegen die Bleigefahr ist sie zu begrüßen, wenn man sich auch von den durch sie zu erzielenden Erfolgen keine großen Versprechungen machen darf.

Erhebungen, betreffend Arbeiterschutz. Die Metallschleifer werden bei ihrem Gewerbe infolge Einatmung von Staub, insbesondere von Metallstaub, gesundheitlich schwer geschädigt. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Erkrankungen der Lungen, insbesondere Schleiferasthma und Lungentuberkulose. In einzelnen Landesteilen, zum Beispiel in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Aachen, sind bereits Vorschriften zur Bekämpfung dieser Gesundheitsgefahr erlassen worden. Zur Prüfung der Frage, ob der Erlass solcher Vorschriften für das ganze Reichsgebiet auf Grund des § 120 e Absatz 1 der Gewerbeordnung geboten ist, hat der Staatssekretär des Innern, Graf v. Posadowsky, die Bundesregierungen um Erhebungen über die Zahl der Trocken- und der Naßschleiferen, über die Zahl der in ihnen beschäftigten männlichen, weiblichen und jugendlichen Schleifer und auch um Angaben über die Zahl der an Lungenleiden erkrankten Schleifer er sucht, soweit sich darüber aus der Statistik der Krankentafeln Auskunft geben läßt. Gleichzeitig sind den Bundesregierungen Grundzüge derartiger Vorschriften zur Begutachtung zugegangen.

Zur Bekämpfung der aus der Verwendung von Blei drohenden Gesundheitsgefahren hat der Staatssekretär des Innern die Bundesregierungen er sucht, durch die Gewerbeaufsichtsbeamten feststellen zu lassen, wieviel Bleierkrankungen der Arbeiter in Feilenhäusern infolge der Benützung von Unterlagen aus Blei und Bleilegerungen beim Säuen der Feilen, sowie infolge Anhaltens und Härtnens der letzteren in Feilbädern beobachtet worden sind. Gleichzeitig ist eine Aufzählung darüber erbeten worden, ob die Verwendung des Bleies und seiner Legierungen zu Unterlagen ganz oder teilweise verboten werden kann.

Ueber internationale Tuberkulosestatistik fanden auf Veranlassung des Vorsitzenden des Internationalen Tuberkulosebureaus, des Ministerialdirektors **A l t h o f f**, in Frankfurt unter Vorsitz des Geheimrats und Professors **D r. W. F r ä n k e l** Beratungen statt zur Vorbereitung der Anträge, die im Internationalen statistischen Institut in seiner im August dieses Jahres in London bevorstehenden Tagung vorzulegen sind. Hinsichtlich der Sterblichkeitsstatistik einigte man sich über ein Schema, das den vorhandenen Grundlagen angepaßt, sich zur allgemeinen Einführung eignen und für vergleichende Statistik der Länder brauchbare Unterlagen liefern dürfte. Betreffs der Morbiditätsstatistik sollen noch die Ergebnisse des im Oktober in Paris stattfindenden Tuberkulosekongresses abgewartet, in London also die Grundlagen für eine einheitliche internationale Anstaltsstatistik weiter vorbereitet werden. Aus Brasilien wurden betreffs des Vorkommens der Tuberkulose bei den verschiedenen Rassen interessante Feststellungen mitgeteilt; danach ist die Tuberkulose bei Negern viel häufiger als bei Weißen, und besonders Mischlinge werden betroffen.

Streik und Gemeindeverwaltung. In Mühlhausen i. G., wo bekanntlich die roten Unzufriedenen im Gemeinderat die Majorität besitzen, streiken die Grundarbeiter. Doch haben die Streikenden eine Ausnahme eintreten lassen, als sie die unaufschiebbaren Arbeiten im Auftrag der Stadt fertigstellen. Andernfalls wären nämlich die allgemeinen Kanalisationsarbeiten stark verzögert worden, wodurch die Bürgerschaft sehr geschädigt worden wäre. Für diese Arbeiten wurden die Forderungen der Streikenden von der Stadtverwaltung vollinhaltlich bewilligt. Damit alle Streikenden dort abwechselnd beschäftigt werden können, wird Tag und Nacht in drei Schichten gearbeitet. Eine solche Maßnahme seitens einer Stadtverwaltung ist jedenfalls weit vernünftiger und für das Allgemeinwohl dienlicher, als die Zuziehung einer sogenannten Streiktafel, wodurch scharfmacherische Unternehmer in ihrer arbeiterfeindlichen Haltung nur bestärkt werden.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstelle Reife wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, ab 1. Juli d. J. einen Lokalbeitrag von 5 Pf. pro Woche neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben.

Für die ausgesperrten Zigarettenarbeiterinnen in Dresden gingen vom 3. bis 10. Juli aus unseren Zahlstellen bei der Hauptkasse ein: Auerbach i. B. 10 Mk., Bernburg 5, Bretten 5, Bunzlau 5, Clausthal 5, Dessau 10, Detmold 30, Dortmund 30, Erfurt 25, Freiburg i. B. 10, Greiz 5, Heidelberg 5, Jöhoe 30, Mainz 50, Meß 10, Münster i. W. 25, Reife 5, Rastenburg 8, Singen 5, Strausberg 10, Striegau 5, Stuttgart 100, Velden 15, Weiskau 5, Wezlar 5, Wunsiedel 1,75, Zeitz 100, Zittau 20 Mk. Summa 539,75 Mk., in voriger Woche quittiert 452,74 Mk., zusammen 992,49 Mk.

Nachdem die Generalkommission die Sammlung für beendet erklärt hat, bitten wir, alle in den Zahlstellen gesammelten oder aus den Lokalfassen bewilligten Beträge umgehend an den Hauptkassierer **B o h n e** einzusenden. Die Gelder sind nicht direkt an die Generalkommission zu senden, weil von uns bereits ein Vorschuß von 3000 Mk. auf das Konto der Sammlung an die Generalkommission abgeführt wurde.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 62437 Adam Bauer, Schreiner, geb. 8. 8. 67 zu Laineck.
91958 Otto Mauck, Tischler, geb. 21. 1. 52 zu Güstrow.
134879 Karl Seefamp, Schreiner, geb. 5. 8. 80 zu Hemmelungen.
165629 Karl Better, Schreiner, geb. 18. 6. 84 zu Reichenbach a. d. Fils.
237918 Max Wujesch, Maschinenarbeiter, geb. 16. 7. 88 zu Schmiedefeld.

Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Berlin. Die Zahlstelle Berlin hat am 1. Juli 1905 die Krankenunterstützung eingeführt. Der Beitrag wurde auf 80 Pf. pro Woche festgesetzt.

Von der Kommission zur Ausarbeitung des Reglements war als Übergangsbestimmung die Bestimmung vorgesehen, daß jedes Mitglied erst 18 80-Pfennigmarken geklebt haben muß, ehe die Berechtigung, Krankenunterstützung zu beziehen, eintritt.

Die am 1. April zum Holzarbeiterverband übergetretenen Mitglieder des Möbelpoliererverbandes erhielten während dieser Zeit die im Möbelpoliererverband gezahlten Sätze. Vom 1. Juli ab bekommen sie dieselbe Unterstützung wie die übrigen Mitglieder des Verbandes.

Die Auszahlung der Krankenunterstützung erfolgt vom 9 bis 1 Uhr im Bureau, Engelufer 15, Zimmer Nr. 10 (Bibliothek). Die Unterstützung wird nicht nur an bestimmten Tagen ausbezahlt, sondern kann jeden Tag abgehoben werden.

Das Reglement für die Krankenunterstützung lautet folgendermaßen:

Mitgliedern, welche mindestens 52 Wochen dem Verbands angehören und für diese Zeit Beiträge entrichtet haben, kann in Krankheitsfällen, wenn sie vom Arzt für arbeitsunfähig erklärt sind, eine Unterstützung gewährt werden.

Mitgliedern, welche nach Berlin ziehen, kann die Unterstützung gewährt werden, wenn sie dreizehn Wochen Beiträge an die Zahlstelle Berlin entrichtet haben.

Den Mitgliedern, welche Berlin verlassen, werden bei ihrer Rückkehr die bis zur Abreise geleisteten Beiträge in Anrechnung gebracht.

An Unterstützung kann den Mitgliedern vom dritten Tage der Erwerbsunfähigkeit ab bis zur Dauer von 26 Wochen für den Wochentag eine Mark gewährt werden.

Mitgliedern, welche die Unterstützung für 26 Wochen unterbrochen oder im Laufe eines Zeitraums von 12 Monaten bezogen haben, kann bei Eintritt eines neuen Unterstützungsfalles die Unterstützung erst dann wieder gewährt werden, wenn 52 Wochenbeiträge, von der Beendigung des Bezuges an gerechnet, entrichtet sind.

Mitgliedern, welche im Zeitraum von 12 Monaten weniger wie 26 Wochen Unterstützung bezogen haben, wird bei Eintritt eines weiteren Unterstützungsfalles die Unterstützung, welche weniger wie 12 Monate vom Eintritt der neuen Erkrankung an zurückliegt, bei der Gesamtleistung in Anrechnung gebracht.

Klagbares Recht können die Mitglieder auf Unterstützung in Krankheitsfällen nicht geltend machen.

Dresden. Am 1. Juli fand eine öffentliche Versammlung der Stellmacher statt mit der Tagesordnung: „Die neuesten Machproben der Unternehmer, und was lehren uns Tarifvereinbarungen?“ Der Referent, Kollege Lauter, zeigte an der Hand verschiedener Beispiele, welchen Nutzen tarifliche Vereinbarungen der Arbeiterschaft bringen.

Susum. In der Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes der schleswig-holsteinischen Bestkiste, die am 25. Juni in Susum stattfand, hat der Fabrikant Köhn wieder einmal über den Terrorismus der sozialdemokratisch verhehnten Arbeiter geredet.

Sterbetafel.

- Kurt Paul, Tischler, geb. 6. Dezember 1883 zu Bautzen, gest. 15. Juni 1905 zu Potschappel.
August Meier, Drechler, geb. 9. Oktober 1872 zu Geldern, gest. 30. April 1905 zu Werden a. d. Ruhr.
Wolff Müller, Schreiner, geb. 15. Juni 1878 zu Pötschau, gest. 8. Juni 1905 zu Wiesbaden.
Ferdinand Maier, Schreiner, geb. 13. Mai 1877 zu Oftering, gest. 17. Juni 1905 zu Ulm.
Michael Günsler, Partettleger, geb. 28. August 1866 zu Marktheidenfeld, gest. 28. Juni 1905 zu Frankfurt a. M.
Johannes Lorz, Schreiner, geb. 24. Juni 1865 zu Kissingen, gest. 29. Juni 1905 zu Frankfurt a. M.
Wilhelm Wörtler, Modellschreiner, geb. 12. Januar 1880 zu Mutterstadt, gest. 21. Juni 1905 ebenda.
Johann Kleiber, Schreiner, geb. 13. April 1840 zu Tuzing, gest. 28. Juni 1905 zu München.
Heinrich Vorwerk, Stellmacher, geb. 18. August 1876 zu Oberreit, gest. 19. Juni 1905 zu Lobbendorf.

Die Ortsverwaltungen.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Cöln. (Tel.) Bei der Firma Deußen & Söhne befanden sich sämtliche Arbeiter im Streik.

Zuzug ist fernzuhalten von:

- Tischlern nach Anklam (W. Oldenburg), Augsburg, Bochum (Wiedmann), Bremerhaven-Gesestemünde-Begejack (F. E. Tecklenborg, G. Seebach, Nickmers, Vulkan), Bunzlau (Kettner junior), Danzig (G. & E. Köhner), Dortmund, Dülmen i. Westf. (S. H. Meisen), Düsseldorf, Duisburg, Elberfeld (Schmidt), Falkenstein, Finsterwalde (Eisfabrik Kurt Winkler), Flensburg (Schiffswerk), Freienwalde, Freising, Friedrichshafen, Geesthacht, Gera, Goslar a. Harz (Fr. Wagener), Greifswald, Griesheim bei Frankfurt a. M., Halberstadt (Wulfer), Harburg (Werk von Holz), Lage (H. Kampmeier und A. Büthe), Landslut, Leipzig, Liegnitz (Zieh), Lissa, Lüdenscheid (W. Schütte), Meerane, Neuß, Niederkunnersdorf (Gold), Deynhausen (Fr. Augustin), Prießnitz, Regensburg, Schönlanke (Wuppel), Thorn, Waldheim, Würzburg, (Scherg & Rosenmeier) Wunsiedel, Schweiz, Schweden;

Tischlern, Maschinenarbeitern und Drechslern nach Dresden (Arbeitsnachweis des Holzindustriellenverbandes), Rabenau (Spechttrümmle);

Tischlern auf photographische Apparate nach Rabenau (Kolbe & Schulze);

Modellschreibern nach Augsburg, Berlin, Kall bei Cöln (P. Koch), München, Nürnberg, Pegnitz, Schweden;

Tischlern und Stellmachern nach Dessau (Waggonfabrik), Dortmund, Gelsenkirchen und Wanne, Hamburg (Wagenfabrik Falkenried), Weimar (All.-Ges. für Eisenbahn- und Militärbedarf);

Pantflickmachern nach Cottbus;

Stuhlmachern, Drechslern, Polierern und Maschinenarbeitern nach Celle (Mundhenke), Lahr (W. Hingwald, Wexersstraße 48), Neuhäusen i. Erzgebirge;

Stellmachern nach Augsburg, Dresden, Gelsenkirchen, Graudenz, Leipzig, Prenzlaw;

Drechslern nach Bernau (Rückert), Hermisdorf (S.-M.), Oibenhau (Stuhlfabrik Schneider);

Musikinstrumentenarbeitern nach Bamberg (F. C. Neupert), Dresden, Johanngeorgenstadt (H. Grunert), Liegnitz (H. Freitag);

Werkzeugmachern nach Nürnberg (Wolfer); Stettin (Schulze);

Werkzeugmachern nach Celle (Gebrüder Rohmann), Liegnitz (Kanehn), Lübeck (F. Oldenburg), Markranstädt (Schindler), Nürnberg (Ferd. Althoff);

Werkzeugmachern nach Berlin (Schächter), Heidelberg (Gallus Mahler), Wittenberge (Schäfer).

In Berlin war es bei der Firma Julius Meher, Fabrik photographischer Apparate, zu Differenzen gekommen, über die wir in Nr. 26 unserer Zeitung berichteten. Der Inhaber der Firma Julius Meher, der Kaufmann und Fabrikant Franz Reschke zu Berlin ersucht uns nun zu berücksichtigen, daß sich mehrere Tischler aus Dresden am 15. Mai 1905 an eine Berliner optische Fabrik schriftlich um Arbeit gewandt haben, und diese optische Firma, für welche Herr Reschke laufend tätig ist, überbande ihm dieses Gesuch mit der Anfrage, ob er davon Gebrauch machen könnte, worauf Herr R. sich mit den Suchenden in Verbindung setzte und ihnen mitteilte, daß er für tüchtige Leute noch Arbeit hätte; die Suchenden könnten sich in Berlin respektive auch in Dresden, woselbst Herr R. bei Verwandten die Pfingsttage verbringe, vorstellen. Hierauf kam ein Arbeiter nach Berlin, und stellte Herr R. diesen mit 57 1/2 Pf. Stundenlohn ein. Nach Verlauf von vierzehn Tagen sollte der Mann, wie verabredet, 60 Pf. pro Stunde erhalten, ganz den Gepflogenheiten seiner Firma entsprechend. Schon nach vierzehn Tagen stellte dieser Arbeiter die Arbeit ein, da er nicht genügend Geld nach Hause schicken könne usw. Am Sonnabend vor Pfingsten stellten sich Herrn R. in Dresden zwei weitere Leute vor, mit denen er einen Stundenlohn von 60 Pf. verabredete und dabei die Absicht kundgab, mit Hilfe von Maschinen neuester Konstruktion und Einführung von Teilarbeiten seinen Betrieb infolgedessen zu verbessern, daß er dann billiger als zuvor fabrizieren und die Ware billiger in den Handel bringen könne, ohne sonst den üblichen Berliner Tagesverdienst seinen Leuten zu schmälern. Inzwischen seien die Maschinen bestellt und herrsche nach einer Aussprache, welche Herr R. in Gegenwart des Berliner Verbandssekretärs, Herrn Maß, mit seinen Leuten am 3. Juli d. J. hatte, völlige Einigkeit in seinem Betrieb, auch haben die in der Fabrik noch befindlichen Dresdener Leute nicht die Absicht, die Arbeit niederzulegen. Es sind also die Behauptungen, Herr R. hätte Leute „unter allen

möglichen Versprechungen nach Berlin gelockt und gleich einen Lohn vereinbart, der bedeutend niedriger ist als wie der bisher in der Werkstatt gezahlte und bei der letzten Lohnbewegung vereinbarte Lohn“, erfreulicherweise nicht aufrecht zu erhalten, auch hat uns die Absicht, Herrn R. zu beleidigen, fern gelegen.

Wenn in der Notiz in unserer Zeitung Dinge angeführt sind, die Herr Reschke für falsch hält, und die er berichtigen zu müssen glaubt, so ist ihm die Schuld selbst zuzuschreiben: Er hat zu wiederholten Malen den Arbeitern seiner Werkstatt gegenüber gesagt: „Ich werfe Sie alle hinaus und lasse mir Leute von auswärts kommen, die billiger arbeiten.“ Er war in Dresden und hat dort Leute eingestellt und dafür Leute entlassen, was die Gesellen als Maßregelung aufgefaßt haben. An den bisherigen Akkordpreisen nahm er Abzüge vor, trotzdem die von ihm in der Berichtigung angeführte Neueinführung von Maschinen und verbesserten Betriebs-einrichtungen noch nicht stattgefunden hat. Wegen dieser Abzüge wäre es beinahe zum Streik gekommen. Am 8. Juli fand wegen dieser Differenzen eine längere Verhandlung mit dem Vertreter der Organisation statt, wobei sich dann Herr Reschke bereit erklärte, die Abzüge zurückzunehmen. Zu dem Vertreter der Organisation meinte bei dieser Gelegenheit Herr Reschke: „Mir muß doch das Recht zustehen, 20 meiner alten Leute zu entlassen und dafür 20 andere, für mich geeignete Leute einzustellen, welche die Arbeit billiger machen.“ Daß Herr Reschke die neuen Leute geringer entlohnen wollte, geht aus seiner Berichtigung hervor, indem er selbst angibt, dem ersten Kollegen nur 57 1/2 Pf. Stundenlohn bezahlt zu haben, während der niedrigste Lohn für die eingearbeiteten Leute bisher 60 Pf. die Stunde betrug. Herr Reschke behauptet nun, die Leute aus Dresden hätten zuerst an ihn geschrieben. Das trifft bei einem Kollegen zu; die übrigen behaupten aber, daß sie sich nicht an die Firma gewandt hätten, sondern die Firma habe sich um Arbeitskräfte bemüht. Der Werkführer, der auch aus Dresden ist, hat ebenfalls wiederholt nach Dresden an die Kollegen geschrieben.

In Viefelsfeld sind die Differenzen bei der Firma Hengstenberg zur Zufriedenheit unserer Kollegen beigelegt worden. Trotzdem die Firma mit der Aussperrung drohte, wurden die aufgestellten Forderungen doch in der Hauptsache bewilligt. Die erzielte Lohnerhöhung beträgt etwa 10 Prozent.

In Bremen ist für die auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter mit Hilfe unseres Verbandes ein Vertrag zustande gekommen. Wir berichten darüber aus der „Bremer Bürger-Zeitung“, da man uns bisher über die Lohnbewegung und ihren Erfolg noch keinerlei Mitteilung hat zugehen lassen. Nach dem ab 1. Juli auf drei Jahre gültigen Tarif beträgt die Arbeitszeit 10 Stunden. Bei Verkürzung der Arbeitszeit im Winter wird der Tag für volle 9 Stunden gerechnet und bezahlt, auch wenn weniger als 9 Stunden gearbeitet wird. Die Einteilung der Arbeitszeit im Winter bleibt der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf den einzelnen Plätzen in bisheriger Weise überlassen. Der Normalstundenlohn für Arbeiter, welche im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft sind, beträgt 40 Pf. (bisher 35 Pf.). Für alle Arbeiter, die den Normalstundenlohn nicht erhalten, erfolgt ein Lohnaufschlag von 2 1/2 Pf. pro Stunde. Der Stundenlohn für Überstunden und Sonntagsarbeit wird um ein Viertel, für Nachtarbeit um die Hälfte erhöht. Ausgenommen sind hiervon Akkordarbeiten. Als Überstunden gelten diejenigen Arbeitsstunden, welche die festgesetzte Arbeitszeit abends bis drei Stunden verlängern. Weitere Stunden gelten als Nachtarbeit. Bei Beginn von Nachtarbeit ist eine einstündige Pause zu gewähren, ebenfalls um 12 Uhr nachts. Überzeitarbeit und Nachtarbeit ist vor 12 Uhr mittags bekannt zu geben. Alle in Überzeitarbeit und Sonntagsarbeit fallenden Pausen werden bezahlt. Bei jugendlichen Arbeitern unter 18 Jahren unterliegt der Lohn der freien Vereinbarung, werden dieselben jedoch beim Löschen beschäftigt, so ist denselben der Lohn der Vollarbeiter zu zahlen usw. Über Differenzen, die sich aus dem Tarifvertrag ergeben, entscheidet eine Schlichtungskommission.

Die schlichtlichen Kollegen haben bei dieser Lohnbewegung mit der Firma eine recht zweifelhafte Rolle gespielt. Denn obwohl sie einen Vertreter in der Lohnkommission hatten, haben sie doch unabhängig von der Lohnkommission und über deren Köpfe hinweg mit den Unternehmern verhandelt. Eine verächtliche Gesellschaft.

In Celle sind die Polierer der Stuhlfabrik Mundhenke am 7. Juli wegen Nichtbewilligung geringfügiger Akkordaufbesserungen in den Streik eingetreten. Um Fernhaltung des Zuzugs wird gebeten.

In Danzig traten am 26. Juni bei der Firma G. und E. Köhner sämtliche 50 dort beschäftigten Maschinen- und Holzarbeiter in den Streik, nachdem ihnen die verlangten 2 Pf. Zulage pro Stunde nicht bewilligt wurden. Der Streik war infolgedessen gleich aussichtslos, da sich 13 Mann erst am 24. Juni im Holzarbeiterverband organisiert hatten und die größte Mehrheit noch nicht organisiert war. Die Lokalverwaltung konnte nichts mehr gegen die Einstellung der Arbeit unternehmen, da ihr dieses zu spät mitgeteilt wurde. Nachdem nun am Montag 27 Mann dem Verband beigetreten, wurde eine Sitzung mit den Streikenden abgehalten, in welcher diese nur die moralische Unterstützung von Seiten des Verbandes wünschten, da sie selbst schon ohne Unterstützung 14 Tage aushalten könnten. Eine Unterhandlung mit dem Kollegen Güth und dem Bevollmächtigten, sowie zwei Streikenden wurde von der Firma rundweg abgelehnt. Man hätte nun annehmen dürfen, daß die Arbeiter, nachdem sie nun diesen Streik selbst hervorgebracht, auch die Einigkeit bewahren sollten und aushalten würden, aber weit gefehlt, in der zweiten Woche schon gingen sie zu den alten Bedingungen wieder an, trotzdem wir ihnen schon keine Unterstützungen in Aussicht gestellt hatten. Nun wäre dieses aber an und für sich gar nicht so schlimm, wenn nicht am 28. Juni noch sämtliche circa 30 Tischler und 40 Zimmerleute, nachdem mehrere von ihnen wegen Verweigerung der Maschinenarbeit entlassen, die Arbeit niederlegt hätten. Nachdem wir der Firma nochmals mitteilten, daß wir bereit, mit ihnen zu unterhandeln, erklärte dieselbe, „es wäre ihnen ganz gleich, ob die Tischler, 1 oder 10 Mann, streiken würden, wenn es eben nicht passe, der könne gehen“. Mit der Organisation verhandelte sie überhaupt nicht, sie wollte mit den Sozialdemokraten nichts zu tun haben. Daraufhin beschloffen die Tischler, weiter zu streiken, um den Köhner zu zwingen, den Tarif- und Akkordvertrag, über den wir mit der hiesigen Tischlerinnung in

Unterhandlung stehen, anzuerkennen. Ferner solle die acht-tägige Lohnzahlung eingeführt werden. Da die Tischler bis auf drei alle organisiert sind, so ist auf eine baldige Erledigung dieser Differenzen zu hoffen. Wir richten an alle Kollegen die Mahnung, die Könersche Werkstatt zu meiden, und den streikenden Kollegen rufen wir zu: Haltet aus in dem Kampfe gegen Unternehmerwillkür.

Zu Dessau glaubte der Herr Direktor Bäumler von der Waggonfabrik unter Missstanz seines Betriebsleiters Lindtner nach dem für uns erfolglosen Streik die Vernichtung unserer Organisation mit vollem Applomb bewirken zu können. Ihre einzige Bedingung bei Einstellung Arbeitsfähiger war Nichtzugehörigkeit zur Organisation; ja, um dieser Knebelungsmaßregel noch die gesteigerte Schärfe zu verleihen, mußten die Betreffenden, falls sie auf Einstellung reflektierten, eine Bescheinigung über ihren Austritt aus der Organisation beibringen. Obwohl von unseren Kollegen haben sich ja dazu nicht bereit gefunden, trotzdem daß sogar der städtische Arbeitsnachweis es nicht verschmähte, solche gewiß sehr „paritätischen“ Bedingungen mit erfüllen zu helfen. Aber eins haben die hochmögenden Herren bei ihrem organisationsstörischen Vorhaben nicht in Betracht gezogen, daß nämlich eine solche Aktion nur auf Kosten der Qualität der Arbeit unternommen werden kann, und diese Kurzsichtigkeit rächte sich binnen kurzem sehr bitter. Ein willfähriges und gefügiges Element die sich solchen Zumutungen geneigten Arbeiter allerdings, auch eine seitherige zweimalige Reduzierung der Akkordpreise, deren Niedrigkeit dem damaligen Streik mit zugrunde lagen, vermochte ihre Disposition nicht zu erregen, aber ihre Leistungen boten dafür auch das dementsprechende Bild. Als neulich drei Personennagen vierter Klasse für den Fiskus nach Königsberg abgeliefert worden waren, kam von dort der Bescheid, daß wenn die Direktion eine tüchtige Summe für die Ausbesserung der nicht wenigen Schönheitsfehler, unter denen diese Wagen litten, zu zahlen bereit wäre, diese Arbeit dort ausgeführt werden könne, andernfalls aber die Waggon zurückgeschickt werden würden. Die Direktion griff wohl wegen der besonders guten Rentabilität des Werkes seit dem Streik zu der letzteren Alternative, und Herr Lindtner hüt sich dadurch die schönste Gelegenheit, seine Holzarbeiter aufmarschieren zu lassen und ihnen ad oculos ihre besondere Leistungsfähigkeit zu demonstrieren, mit der Anforderung, sich entweder zu bessern oder zu gehen. Daß das auch zu seinem Ruhm und Frommen hätte dienen können, darüber sucht er sich vorläufig noch mit seinen eingebildeten Erfolgen gegen unsere Organisation hinwegzutäuschen. Diese hat aber die Pflicht, der Sache auf den Grund zu sehen, und weil dabei etwas anderes als ein Erfolg für die Herren Bäumler und Lindtner zutage tritt, diese vielmehr das allergrößte Bedürfnis nach eingearbeiteten Holzarbeitern haben. Deswegen geht auf Beschluß der hiesigen Zahlstelle hiermit an alle Kollegen die dringende Mahnung, den Arbeitsangeboten der arbeitenden Kollegen, aber organisationsfeindlichen der Direktion der Dessauer Waggonfabrik keine Beachtung zu schenken.

Zu Düsseldorf sind unsere Kollegen bekanntlich seit 1. Juli ausgesperrt. An diesem Tage lief der im Düsseldorf Holzgewerbe bis dahin gültige Arbeitsvertrag ab und die Unternehmer weigeren sich, einen neuen Vertrag, der unseren Zeitverhältnissen entsprechende Lohnaufbesserungen sicherte, mit den Gehilfen abzuschließen. Ein von den Holzindustriellen und Schreinermeistern einseitig festgesetzter Arbeitsvertrag, der den Wünschen der Gehilfen in keiner Weise gerecht wurde, sollte durchgeführt werden. Als dieser Vertrag in einer Reihe von Werkstätten sogar zum Ausbruch kam und unsere Kollegen von den Unternehmern ausdrücklich auf denselben hingewiesen wurden, kam es natürlich zu zahlreichen Konflikten und schließlich zur Aussperrung der Arbeiter. Gegenwärtig sind schon 955 Kollegen ausgesperrt beziehungsweise in den Streik getreten, aber die Zahl der beteiligten Kollegen dürfte in dieser Woche um vieles größer werden, da unsere Organisationen, um der Bewegung größere Wucht zu verleihen, die Kollegen noch aus allen jenen Betrieben herauszuholen werden, wo der Unternehmer zwar nicht ausgehängt, aber auch unsere Forderungen nicht anerkannt sind. Wir werden über die Bewegung in nächster Nummer unserer Zeitung ausführlicher berichten, als es uns heute möglich ist, da der umfangreiche Bericht der Düsseldorf Kollegen uns erst bei Redaktionsschluß zugeht. Wir bitten, den Bezug streng fernzuhalten.

Zu Duisburg ist der Streik und die Aussperrung der Schreiner und Maschinenarbeiter durch Vergleich beendet worden. Es wird den Arbeitern 10stündige Arbeitszeit garantiert, für Überstunden bis 8 Uhr abends findet kein Zuschlag statt, von 8 Uhr ab wird ein Lohnzuschlag von 25 Prozent gezahlt. Die Stundenlöhne werden um 2 Pf. erhöht. Mithin haben die Duisburger Kollegen nach einem 18wöchigen Kampfe nur einen minimalen Erfolg zu verzeichnen gehabt. Da noch annähernd 20 Kollegen auf der Straße liegen, so ist der Zugang nach wie vor fernzuhalten.

Zu Geseffacht sind die Tischler, wie berichtet, in eine Lohnbewegung eingetreten. Schon im verfloffenen Jahre sind die Tischler mit einer Lohnforderung an die Arbeitgeber herangetreten; selbige bezweckte, die hier üblichen Löhne gleichzeitig einer Regelung zu unterziehen, wurden doch Stundenlöhne von 34 bis zu 37 1/2 Pf. bezahlt. Die Forderung eines Stundenlohns von 40 Pf. wurde dem auch von den Arbeitgebern L. Behrend, M. Schulz und G. Solert anerkannt, während die Firmen Johs. Krüger und Dieke & Sohn sich auf einen ablehnenden Standpunkt stellten. Letztere Firma hat aber nachträglich den Stundenlohn von 34 auf 37 Pf. erhöht, womit sie also immer noch um 3 Pf. unter dem Geforderten zurückblieb. Diese Firma will mit der Organisation ja auch nichts zu tun haben. Nun, es ist ja schon vielen anderen Arbeitgebern ebenso gegangen, die sich aber im Laufe der Zeit eines anderen und Besseren bekehrten. Da sich die bei Dieke & Sohn beschäftigten Kollegen mit den dort gezahlten Löhnen zufrieden gaben, wurde nichts gegen die Firma unternommen, selbst noch dann nicht, als der Arbeitgeber G. Solert aus diesem Grunde den von ihm bewilligten Lohn um 1 1/2 Pf. pro

Stunde kürzte. Schließlich beschlossen die Kollegen, um dem unleidlichen Lohnrückgang ein Ende zu machen, den Unternehmern folgende Forderungen zu unterbreiten: 1. Abschaffung von Kost und Logis beim Arbeitgeber, 2. Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, 3. Minimallohn von 40 Pf. pro Stunde, 4. Arbeiten außerhalb der Werkstätte, sowie Überstunden in Lohn oder Akkord werden pro Stunde mit 5 Pf. mehr berechnet, 5. wöchentliche Lohnzahlung, 6. Junggefelln werden während des ersten Jahres nach beendeter Lehrzeit nach freier Vereinbarung entlohnt. Diese Forderungen sollten ab 3. Juli in Kraft treten. 7. ab 1. April 1906 ist der Stundenlohn um 5 Pf. zu erhöhen bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde. Diese Forderungen wurden den Arbeitgebern am 16. Juni schriftlich zugestellt und um Antwort bis zum 23. Juni ersucht. Von den sechs Arbeitgebern hat nur ein Arbeitgeber sich im zustimmenden Sinne, zwei Arbeitgeber haben der Lohnkommission mündlich ihre Wünsche zwecks Modifikation der Forderungen geäußert. Ein Arbeitgeber wünschte in seinem Schreiben, daß die Lohnkommission sämtliche Arbeitgeber zu einer Verhandlung einladen möchte. Dieze & Sohn, sowie Johs. Krüger haben überhaupt nicht geantwortet. Um den Arbeitgebern in jeder Weise entgegenzukommen und nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, daß die Kollegen es auf einen Kampf abgesehen haben, hatte die Lohnkommission die Arbeitgeber auf Montag den 26. Juni zu einer Verhandlung eingeladen. Die beiden Firmen, die die Lohnkommission keiner Antwort würdigten, waren auch nicht zu der Verhandlung erschienen; demnach scheint es, als wenn diese es auf einen Kampf mit ihren Arbeitern ankommen lassen wollen. An den Verhandlungen nahm außer der Lohnkommission auch der Bevollmächtigte unserer Zahlstelle teil. Die Verhandlungen hatten nicht den gewünschten Erfolg, worauf unsere Kollegen beschlossen, am 1. Juli die Arbeit niederzulegen. Darauf bewilligten drei Unternehmer unsere Forderungen, während bei Dieze & Sohn sieben Kollegen die Arbeit niederlegten, die anderen Kollegen werden bald folgen. Dieser Betrieb, sowie der Betrieb Krüger und Meyer sind gesperrt. Wird der Zugang nach hier ferngehalten, so werden wir hier bald einen ganzen Erfolg haben.

Zu Griesheim bei Frankfurt a. M. sind die Schreiner, 24 an Zahl, in den Ausstand getreten. Die Forderungen lauten auf Einführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit bei einem Stundenlohn von 38 resp. 46 Pf., für Überstunden ein Zuschlag von 15 resp. 25 Pf., pünktliche Lohnzahlung am Freitag und Zuschlag für auswärtige Arbeiten. Da die Meister versuchen werden, von auswärtigen Schreiner anzulocken, eventuell die Arbeiten in den umliegenden Orten anfertigen zu lassen, werden hiermit die Kollegen zur Vorsicht gemahnt.

Zu Hamburg besteht die Sperre über den Betrieb der Straßenbahngesellschaft „Falkenried“ unverändert fort. Die Gesellschaft lehnt nicht nur die äußerst minimalen Forderungen der Arbeiter ab, sondern hat es auf die Unterdrückung jedweder Organisation in ihrem Betrieb abgesehen, da jeder Eintretende einen Revers unterzeichnen muß, keiner Organisation anzugehören. Auf Beschluß unserer Kollegen ist dieses schimpfliche Ansehen entschieden zurückzuweisen. Der Betrieb ist für Verbandmitglieder gesperrt.

Zu Kiel ist die Bewegung bekanntlich schon seit vierzehn Tagen beendet. Wir können über den Ausgang derselben im einzelnen heute leider noch nicht berichten, da uns bisher jeder Bericht aus Kiel fehlt. Also Geduld, Kollegen, in nächster Nummer wird mittlerweile schon ein Bericht aus Kiel eingetroffen sein.

Zu Merseburg sind bei der Firma Karl Günther & Co., Baugesellschaft, sämtliche organisierten Tischler aufs Straßenpflaster geworfen worden. Dieselben hatten sich erdreistet, vor ein paar Monaten der Firma Forderungen zu unterbreiten, und jetzt, nachdem zwei Monate zu den neuen Bedingungen gearbeitet worden ist, hat man alle, die sich an dem zehnwöchigen Streik beteiligt hatten, entlassen mit dem Hinweis, es sei kein Arbeit mehr vorhanden. Da die Firma jetzt jedoch wieder in Betrieb ist, so bitten wir die Kollegen abermals, Zugang nach Merseburg vorläufig fernzuhalten oder sich wenigstens bei unserem Bevollmächtigten zu melden, ehe sie der Firma ihre Kräfte anbieten.

Zu München haben Bürsten- und Pinselmacher ein reges Halbjahr der Agitation, aber auch des Erfolges hinter sich, und erneut hat es sich wieder bewiesen, daß es nur an dem Indifferentismus der Bürstenmacher selbst liegt, wenn deren Lebenslage noch eine äußerst gedrückte ist. In der Bürstenfabrik Pensberger & Cie. hatten sich schon im vorigen Jahre die Organisationsverhältnisse derart gebessert, daß mit Ausnahme ein paar rüudiger Schafe, die ja überall vorhanden sind, fast sämtliche Kollegen der Organisation angehörten; auch bei den Arbeiterinnen ging es ziemlich vorwärts, es war daher das Bestreben der Kollegen darauf gerichtet, im heurigen Jahre Verbesserungen zu erkämpfen, was auch in der Hauptsache gelungen ist. Der erste Schritt wurde von den Bohrer im Februar gemacht wegen Steigerung der Bohrer, und wurde hier dem gestellten Ansinnen entsprochen. Anfang April wurde dann für 30 Säger und Maschinisten eine Lohnerhöhung von 8 Prozent erzielt, worauf anfangs Mai die Puzer und Ende Mai die Bohrer die Forderung auf 10 Prozent Erhöhung der bisherigen Akkordpreise, sowie eine Reihe weiterer Einzelforderungen bei der Firma durch die Organisation einreichen ließen. Im Verlaufe von drei Sitzungen, welche mit der Direktion und dem Gaurvorstand stattfanden, wurden dann nachstehende Aufbesserungen, welche sofort in Kraft traten, erzielt: 45 Pf. Puzer Aufbesserung der Duzendpreise von 8 bis 45 Pf. um 9 Prozent, von 50 bis 80 Pf. um 5 Prozent und über 80 Pf. um 4 Prozent, was einer Gesamterhöhung der bisherigen Akkordpreise von 6 Prozent gleichkommt. Die Akkordpreise für Unterholzpuzer wurden um 6 1/2 Prozent, die Tagelöhne von 5 Kollegen um 5 Prozent, die der Akkordarbeiter, welche vorübergehend im Tagelohn arbeiten, wurden um 11 Prozent erhöht. Die Bohrer erzielten in 39 Gruppenpositionen Erhöhungen von durchschnittlich 8 Prozent. Den Bohrerinnen wurden sämtliche Tarifpositionen um 10 Prozent erhöht. Es wurde ferner vereinbart, daß auf Grundlage der neuen Akkordpreise der bisherige Tarif umgearbeitet und neu gedruckt wird, um dann in den Arbeitsräumen den Kollegen zur ständigen Einsichtnahme ausgelegt zu werden. — Einen vollen Erfolg er-

zielten auch die Pinselmacher der Fabrik Meunier (so genannte Schlupfpinselmacher), diese jedoch erst nach einem zehn Wochen andauernden Streik, der mit seltener Einmütigkeit und Energie durchgeführt wurde. — Am 27. Juni wurde mit dem Firmeninhaber Metzger und dem Gaurvorsteher Kollegen Maith namens des Verbandes ein Tarif abgeschlossen, der folgende Verbesserungen enthält: 54 1/2 stündige Arbeitszeit (bisher 60 Stunden). Am Wochenschluß ist um 5 Uhr, an den Vorabenden vor hohen Festtagen um 4 Uhr Arbeitsschluß bei voller Bezahlung; 25 Prozent Zuschlag für Überstunden, sowie 50 Prozent für Sonn- und Feiertagsarbeit. Die bisher gezahlten Löhne werden um 7 bis 8 1/2 Prozent aufgebessert. Das Vorstanzurichten wird pro ein halbes Kilo um 3 Pf. erhöht. Der Tarif hat Gültigkeit bis 1. Juli 1906 und läuft je ein weiteres Jahr weiter, sofern derselbe nicht einen Monat vorher von einem der beiden Teile gekündigt wird. Leider mußten die in dieser Fabrik beschäftigten Arbeiterinnen wieder leer ausgehen, weil dieselben den Wert der Organisation noch nicht erkannt haben und daher an der Lohnbewegung nicht teilgenommen hatten. Die Münchener Bürsten- und Pinselmacher können mit berechtigtem Stolz auf diese Erfolge blicken, die sie der Geschlossenheit und Stärke unseres Verbandes zuschreiben haben, wodurch am treffendsten die Behauptungen einzelner wiederlegt werden, als hätte der Verband für kleinere Berufsgruppen nicht den erwarteten Wert. Bei dieser Gelegenheit wurde uns auch ständig von den Unternehmern ziffernmäßig nachgewiesener Vorhalt gemacht wegen der schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Schwarzwald, Sachsen (Schönheide) und anderer Orte, welche dadurch die schlimmste Konkurrenz veranlassen und uns Arbeitern aber hinderlich sind in dem Kampfe um weitere Verbesserung unserer Lebenslage. Darum rufen wir den Bürstenmachern allerorts zu: Lernt den Wert der Organisation endlich erkennen und schließt euch derselben an, um die günstige Konjunktur auch für uns Arbeiter auszunutzen. Die Erfolge bleiben dann nicht aus.

Zu Meinhafen hatte der Gemeindevorstand behufs Beteiligung des Streikes eine Sitzung sämtlicher Streikenden und der beteiligten Unternehmer am 8. Juli einberufen. Der Gaurvorstand, Kollege Gerltke, war dazu eingeladen. Auch waren mehrere nicht beteiligte Unternehmer erschienen. Der Vorsitzende der Unternehmer protestierte gegen die Anwesenheit des Gaurvorstehers, worauf die Streikenden gegen die Anwesenheit der fremden Unternehmer protestierten. Man einigte sich schließlich, daß mit Ausnahme des Gemeindevorstandes nur am Streik beteiligte Personen an den Verhandlungen teilnahmen, um die Verhandlungen nicht von vornherein zum Scheitern zu bringen. Der Ausgang war jedoch alsdann der zu erwartende: da die Streikenden in geheimer Abstimmung gegen 4 Stimmen an der zehnstündigen Arbeitszeit festhielten, scheiterten sämtliche Verhandlungen. Einen Erfolg haben die Streikenden schon zu verzeichnen, während zuerst bedingungslos Arbeitsaufnahme verlangt wurde, sind jetzt die Fabrikanten bereit, vor der Arbeitsaufnahme einzeln zu verhandeln. Einige Zugeständnisse sind schon erfolgt, doch sind diese noch zu gering, um den Streik beendigen zu können.

Zu Niederkunnersdorf bei Abbau ist in der Bau- und Metallschere von Golb ein Streik ausgebrochen. Die Löhne sind dortselbst die denkbar ungünstigsten und ist der Inhaber außerdem ein sehr eigentümlich veranlagter Herr. Die Abbauer Tischlermeister haben des öfteren lebhaft Beschwerde über die Konkurrenz dieses Herrn geführt. Wenn die Streikenden tapfer im Kampfe ausharren, wird sich auch Herr Golb zu gerechten Löhnen verstehen müssen. Zugang ist fernzuhalten.

Zu Regensburg stellten die Holzarbeiter am 17. Juni an ihre Unternehmer folgende Forderungen: 9 1/2 stündige Arbeitszeit, zehnjährige Lohnerbhöhung, Vergütung für Überstunden von 10 bis 15 Pf. und für Nacht- und Sonntagsarbeit von 50 Pf., 20 Pf. Zulage für Arbeiten im Bau usw. Die Unternehmer antworteten auf unsere Forderungen ablehnend. Als aber der Fabrikant Wild entgegenkommen zeigte, zeigte sich auch die Schreinerinnung zu Zugeständnissen bereit. Da die Innungsmeister aber lange nicht so viel entgegenkommen zeigten als die Fabrikanten, lehnten unsere Kollegen die Zugeständnisse der Innung ab. Von dem weiteren Verhalten der Innung wird es abhängen, ob es zum Kampfe kommt oder nicht. Unsere Kollegen werden schon ihre Maßnahmen zu treffen wissen, um endlich auch hier einmal bessere Verhältnisse zu schaffen.

Zu Schkenditz ist der Streik bei der technischen Holzwarenfabrik von J. Schäfers Söhnen nach 16wöchiger Dauer für beendet erklärt worden, weil sich für die Firma so viel Ausreißer gefunden haben — wenn auch nicht aus dem Kreise der Streikenden, von denen in der ganzen Zeit nur 7 abtrünnig wurden —, daß sie ihren Betrieb fortführen kann. Es kann sich für die Ausständigen jetzt nur darum handeln, die Organisation so auszubauen und die Mitglieder so zu schulen, daß sie kommenden Stürmen gewachsen sind.

Zu Sebnitz in der sächsischen Schweiz ist die Lohnbewegung der Tischler durch einen Vergleich beendet. In einer Innungsversammlung, der der Gaurvorstand und der Gesellenausschuß beizwohnte, wurde vereinbart, daß im Winterhalbjahr vom 1. Oktober an die Arbeitszeit 10 Stunden beträgt. Die Wochenlöhne werden sofort um 1 Mk. erhöht und ein Normalwochenlohn von 16 Mk. festgesetzt. Stwaige Überstunden sind mit 35 respektive 40 Pf. zu bezahlen. Es ist zwar ein magerer Vergleich und sind die Verhältnisse immer noch traurig, doch ist es der erste Erfolg der jungen Zahlstelle. Da hier nur kleine Betriebe in Betracht kommen, ist den Kollegen eine innere Festigung ihrer Organisation ganz besonders dringend anzuraten. Hier muß jeder Kollege ein entschiedener Verteidiger seiner Rechte sein. In der Versammlung wurde lebhaft über die Konkurrenz des Nichtinnungsmeisters Herrn Elmer geklagt. Hoffentlich erwachen die dort beschäftigten Kollegen auch einmal aus ihrem Winterschlaf.

Zu Waldheim sind die Lohnbewegungen in den Betrieben Ernst Rochhausens Söhne und H. W. Otto durch Verhandlungen, welche im Beisein des Gaurvorstehers Gerltke geführt wurden, beendet. In der ersten Firma wurde ein Vertrag bis 1. April 1908 vereinbart. Durch die Bewegung in Waldheim veranlaßt, beabsichtigten die Unternehmer der Stuhlindustrie, einheitliche Verkaufs- und Arbeitsbedingungen in der gesamten Stuhlindustrie Sachsens anzuführen. Es

Ist dieses ein Vorhaben, welches von der Arbeiterchaft der im Dresdener Gau dominierenden Stuhlbranche nur unterstützt werden kann. Hoffentlich haben die Unternehmer so viel soziales Verständnis, durch Heranziehung von Arbeitervertretern aus den einzelnen Orten und des Gauvorstandes zu den Verhandlungen denselben eine Grundlage zu geben, daß ernsthafte Differenzen vermieden werden können.

In Weimar dauert die Aussperrung der Arbeiter der Fabrik für Eisenbahn- und Militärbedarf noch fort. Zwar ist es der Betriebsleitung gelungen, 90 bis 100 Arbeitswillige zu fördern, doch sind das zumeist ungelehrte Arbeiter, mit denen nicht viel Staat zu machen ist. Mit Schustern und Schneidern kann der Betrieb nicht bestehen. Die Betriebsleitung will die Ausgesperrten nach wie vor nur dann einstellen, wenn sie unterschriftlich erklären, keiner Organisation anzugehören. Das haben die Kollegen natürlich ganz entschieden abgelehnt. Übrigens sind die Kollegen bis auf elf Mann abgereist oder anderweitig untergebracht. Ein aus Dessau zugereister organisierte Kollege, der Stellmacher Artur Riedel, ist fahnenflüchtig geworden. Er übermittelte der Streikleitung sein Mitgliedsbuch mit folgendem schönen Gedicht: „Hier sag' ich kurz und quitt — ich mache nicht mehr mit — und muß ich ziehen von Land zu Land — verloren' bleib ich für den Verband.“ — Der verächtliche Mensch, um dessen Verlust der Verband aber auch gar nicht zu trauern braucht, hat in unserer Organisation 49 Mk. für Beiträge gezahlt, von denselben aber 293,45 Mk. Unterstützung und ein Darlehen von 29 Mk. bezogen. — Ein von Braunschweig anlangender Arbeitswilligentransport ist schon anderen Tages wieder abgereist. Nicht abgereist, trotz ihres dahingehenden Versprechens, sind die aus Dortmund hier zugereisten Gewerksvereiner; arbeitswütig ebenso wie arbeitswillig verrichten sie in der Fabrik ihre Streibrednerarbeit. Man weiß wenigstens, was man von ihnen zu halten hat. Wir ersuchen, den Betrieb nach wie vor zu meiden.

In Schweden ist es nach einer Mitteilung des Schwedischen Holzarbeiterverbandes zu einer allgemeinen Aussperrung gekommen, von welcher etwa 1000 Mitglieder des Verbandes aus 70 Werkstätten in 24 verschiedenen Städten des Landes betroffen sind. Beteiligt sind Modelltischler, Schiffstischler und Zimmerer, Waggon-tischler und Maschinenarbeiter. Wir ersuchen aus diesem Anlaß die deutschen Kollegen, jeglichen Zuzug nach Schweden fernzuhalten.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Auch ein Arbeiterführer.

Es ist jetzt ein reichliches Vierteljahr, daß die Bürstenmacher Berlins Gelegenheit haben, den geschickten Strategen des Bürstenmacherverbandes, Herrn Kniestett, bewundern zu dürfen. Wir fühlen uns veranlaßt, seine Tätigkeit hier am Orte auch einmal den auswärtigen Kollegen zu schildern. Gleich nach seiner Ankunft brach der berühmte Streik bei den Firmen Kraus und Endmann aus, über den ja schon in der Nr. 17 der „Holzarbeiter-Zeitung“ berichtet worden ist. Wir nehmen von dem Inhalt des Artikels nichts zurück, sondern hatten die Behauptungen in bezug auf die Firma Kraus aufrecht, wenn auch Herr Kniestett in der Nr. 26 der „Einigkeit“ schreibt, Kollege Flegel hätte diese Behauptungen als unwahr zurückgenommen. Denn daß bei der Firma Kraus Überstunden, und nicht nur von zwei Kollegen, gemacht worden sind, können wir durch Zeugen, sogar Mitglieder des Bürstenmacherverbandes, beweisen.

In der Nr. 20 der „Einigkeit“ schreibt Herr Kniestett, daß seit einem Vierteljahr bei den Berliner Bürstenmachern ein frischer Zug zu spüren sei, und gibt sodann die Zahl der organisierten Kollegen in Berlin folgendermaßen an, 45 im Bürstenmacherverband, 13 im Holzarbeiterverband und 5 Tisch-Dundersche. In der Versammlung des Bürstenmacherverbandes am 20. Mai machte ich Herrn Kniestett auf diese falschen Angaben bezüglich der Mitgliederzahl aufmerksam und wurde seine Schreibweise auch von einem Mitglied seines Verbandes kritisiert. Der Erfolg war eine Berichtigung in der nächsten Nummer der „Einigkeit“, die alles andere, nur keine Berichtigung war.

In der Nr. 22 veröffentlicht Herr Kniestett einen Artikel „in eigener Sache“, in welchem er den Schreiber des Artikels in Nr. 17 der „Holzarbeiter-Zeitung“ einen hinterlistigen Verleumder nannte. Leider hatte sich Herr Kniestett hier in der Person des Schreibers geirrt, trotzdem er schreibt, daß er denselben sehr genau kenne. Wenn Herr Kniestett ehrlich wäre, hätte er diese Bezeichnung in der „Einigkeit“ wieder zurücknehmen müssen, da, wie schon oben bemerkt, wir die Beweise für unsere Behauptungen erbringen können. Anstatt aber dies zu tun, kommt er mit allerlei Ausreden. In der öffentlichen Versammlung der Bürstenmacher Berlins am 29. Mai trat Herr Kniestett sodann als Harmonieapostel auf, indem er die Meister gegen den Redner des Holzarbeiterverbandes in Schutz nahm und denselben auf alle Art und Weise herunterzureißen suchte. Nach der Diskussion sollte eine Kommission von vier Meistern und vier Gesellen gewählt werden. Es war nun unter uns vereinbart worden, es sollten von jedem Verband zwei Kollegen vorgeschlagen und gewählt werden. Bei der Wahl wurden aber plötzlich von Seiten des Bürstenmacherverbandes drei Kandidaten vorgeschlagen, so daß für uns nur ein Kollege geblieben wäre. Bei der Wahl wurden aber trotzdem zwei Kollegen unseres Verbandes gewählt. Nun nennt es Herr Kniestett eine Verästelung unserer Partei, daß auf 14 Stimmzetteln nur die zwei Kandidaten des Holzarbeiterverbandes geschrieben waren. Bemerkenswert ist hierbei, daß in der Versammlung eine Anzahl Unorganisierte, sowie Tisch-Dundersche anwesend waren. Jedenfalls aber haben die betreffenden Wähler die anderen Kandidaten nicht als geeignete Vertreter ihrer Interessen anerkannt können. Herr Kniestett hat nach seiner eigenen Erklärung ebenfalls nur zwei Namen auf den Stimmzettel geschrieben. Von Seiten der Sektionsleitung ist eine Parole nicht ausgegeben worden; die Verästelung ist also nicht bei uns, sondern auf der anderen Seite zu suchen.

In der „Einigkeit“ Nr. 26 steht sodann noch als Anmerkung des Schriftführers ein Bericht über unsere letzte Sektionsversammlung. Da derselbe aber in der Versammlung gar nicht anwesend war, kann diese Anmerkung nicht

von ihm geschrieben sein. Allem Anschein nach hat sie Herr Kniestett geschrieben. Oder ist Herr Kniestett Zentralvorsitzender des Verbandes und Schriftführer der Zahlstelle Berlin? Man ist ja bei dergleichen Sachen in Bürstenmacherverband schon öfter begegnet; ich möchte nur an die etwas eigentümliche Sitzverlegung des Hauptvorstandes von Hannover nach Berlin erinnern.

Herr Kniestett schreibt also, daß in der letzten Sektionsversammlung 13 Bürstenmacher, 2 arbeitslose Bürstenmacher, 2 Tischler, ein Plättereibesther usw. anwesend waren. Es ist zutreffend, daß infolge der Hitze die Versammlung schlecht besucht war; die arbeitslosen Kollegen rechnet Herr Kniestett einfach als nicht zum Verband gehörig. Was nun den Plättereibesther anbelangt, so zeugt dies von einer solchen niedrigen Stimmungswelle des Herrn Kniestett, daß man sich nur über seine Mitglieder wundern muß, daß dieselben einen solchen Menschen als Verbandsvorsitzenden behalten. Herr Kniestett war ja doch in Hannover auch längere Zeit Restaurateur und trotzdem Leiter des Verbandes. Der Plättereibesther ist ein Kollege, der schon viel für die Berliner Kollegen getan hat und heute noch tätiges Mitglied des Verbandes ist, trotzdem er durch Lungenkrankheit gezwungen wurde, vom Beruf abzugehen. Diesen Kollegen hat Herr Kniestett den Meistern in der öffentlichen Versammlung als Anarchisten vorgestellt, und in einer Besprechung, die wir mit den Meistern hatten, schilderte er ihn als einen Ausbeuter junger Mädchen in seiner Eigenschaft als Besther einer kleinen Plätterei. Ein Benehmen, wie man es sich wohl gemeiner gar nicht denken kann.

Auf solche Art und Weise glaubt nun Herr Kniestett seinen Verband, der nach der Abrechnung vom 1. Quartal 1905 circa 190 Mitglieder hat, in die Höhe zu bringen. Ich will es den Kollegen überlassen, selbst zu entscheiden, ob Herr Kniestett ein Arbeiterführer oder ein Arbeiterverräter ist. Mögen sich die Kollegen gegebenen Falles an das Benehmen des Herrn Kniestett erinnern. Wir Berliner können ja eigentlich mit seiner Handlungsweise zufrieden sein, denn je schlimmer er es treibt, desto schneller wirtschaftet er ja ab.

Ich übernehme selbstverständlich für alle meine Behauptungen die vollste Verantwortung, wenn auch Herr Kniestett in der „Einigkeit“ alles abstreiten sollte. R. Sch.

Der Verein Deutscher Pianofortefabrikanten hat in der letzten Juniwoche in Coblenz eine Reihe prächtiger Feste gefeiert, von welchen die Teilnehmer im höchsten Maße bedrückt waren. Zwischenhinein fanden die Herren auch noch Gelegenheit, einige Stunden für ihre Generalversammlung zu opfern. Den Jahresbericht erstattete Schiedmayer-Stuttgart, welcher sich besonders mit der Arbeiterbewegung im vergangenen Jahre beschäftigte. Der Berliner Streik sei zugunsten der Fabrikanten beendet worden, in Süddeutschland habe man sich aber zu einer Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden verstehen müssen, was einer Lohnerhöhung von etwa 5 Prozent gleichkomme.

Wenn Herr Schiedmayer den Ausgang des Berliner Kampfes als einen vollen Sieg der Fabrikanten hinstellt, dann wird man ihm zugute halten müssen, daß er nicht genügend über den Verlauf des Streiks unterrichtet wurde; daß aber die Einführung des Neunstundentages in den Pianofortefabriken in Stuttgart nicht einer Lohnerhöhung von 5 Prozent gleichkommt, hätte er wissen müssen, denn die Akkordsätze sind nicht erhöht worden, und die Klavierarbeiter arbeiten mit verschwindenden Ausnahmen in Akkord. Daß den wenigen Lohnarbeitern der Tagelohn anlässlich der Arbeitszeitverkürzung nicht reduziert wurde, hat den Fabrikanten sicherlich keine Mehrausgabe gebracht, zu einer Renommage mit der gehähten Lohnerhöhung liegt daher, wenn man bei der Wahrheit bleiben will, keine Veranlassung vor.

Die unbedeutenden Zugeständnisse, welche notgedrungen den Stuttgarter Klavierarbeitern gemacht werden mußten, liegen aber den Fabrikanten doch schwer im Magen, denn Herr Schiedmayer berichtet weiter, daß ein enger Zusammenschluß aller lokalen Vereine und Verbände im Gange sei, und man hoffen dürfe, „alsbald den unberechtigten Forderungen der Arbeitnehmer mit dem erforderlichen Nachdruck entgegenzutreten zu können“. Die Frage der Anerkennung der Gewerkschaften habe eine ungeheure Bedeutung; man wisse, daß die Negierung die Anerkennung seitens der Fabrikanten wünsche, die Mehrzahl der Unternehmer steht aber auf einem anderen Standpunkt und hält die Forderung der Arbeiter nach Anerkennung der Organisation für eine Machtfrage. Diese Frage wurde nachher gemeinsam mit den Fragen des Arbeitsnachweises, des Zusammengehens der Pianofortefabrikanten mit den Unternehmern der Holzindustrie und einer Streikunterstützungskasse nicht öffentlich diskutiert. In dieser Diskussion wurde allseitig empfohlen, „nicht mit den Arbeiterauslässigen zu verhandeln, dagegen mit den übrigen Arbeitgeberverbänden in innigstem Zusammenhang zu bleiben“. In Konsequenz dieser Stellungnahme sind die Pianofortefabrikanten auch Gegner von Tarifverträgen, denn diese wirken auf die Dauer lähmend und müßten einen Niedergang der Industrie zur Folge haben.

Es dürfte wenige Unternehmerverbände geben, die den Herrenstandpunkt in der vorigen Weise herausstellen als die Pianofortefabrikanten. Für die Arbeiter der Pianofortefabrikanten erwächst jedoch hieraus die Pflicht, mehr noch als fether ihre Reihen zu schließen, um dem übermütigen Unternehmern zu zeigen, daß sie keine stummen Hunde sind, die sich ungestraft ihre natürlichsten Rechte nehmen lassen.

Die sächsische Bürsten- und Pinselindustrie ist der Zeitschrift für Bürsten-, Pinsel- und Kammsabrikation zufolge durch die stetig wechselnden Ausfuhrkonjunkturen und die Preissteigerungen der Rohmaterialien in verflohenen Jahre wiederholt verflauend und lähmend beeinflusst worden. Gegenwärtig ist diese Industrie stark und auf längere Zeit ausreichend beschäftigt. Namentlich aus England kamen belangreiche Aufträge, ferner wurde Südafrika, das während des Burenkrieges dem deutschen Export so gut wie verschlossen war, wieder ein guter Kunde, und nicht zuletzt hat auch das Inlandgeschäft sich erfreulich belebt. Bedeutend gestiegen ist in der zweiten Hälfte des verflohenen Jahres die auf Bürstenwaren bezügliche Ausfuhrziffer Nordamerikas, was auf die Störung der für den amerikanischen Markt in der Hauptache arbeitende japanische Bürstenindustrie durch den russisch-japanischen Krieg zurückzuführen ist.

Die japanische Bürsten- und Pinselindustrie erfreut sich demselben Blatt einer außerordentlich günstigen Entwicklung. Das Zentrum derselben ist die Stadt Osaka. Dort werden vorzugsweise Zahn-, Nagel- und Haarbürsten hergestellt; die Tagesproduktion beträgt 1600 Stück. In der Bürstenfabrik von Osaka werden etwa 1000 Arbeiter beschäftigt; daneben sind in 12 Zweigwerkstätten in der Umgebung von Osaka noch je 100 Mädchen tätig. Der Grund für diese letztere Maßnahme liegt darin, daß dort, wie auch bei uns, auf dem Lande die Löhne noch erheblich billiger sind als in der Stadt, also in Osaka. Wie beträchtlich die Ausfuhr der einschlägigen Waren aus Japan ist, geht daraus hervor, daß im Jahre 1903 für 477000 Yen (1 Yen = 4,20 Mk.) Zahnbürsten und für 150000 Yen andere Bürsten exportiert wurden. 80 Prozent hiervon gingen nach den Vereinigten Staaten. Im gleichen Jahre wurden für fast 200000 Yen Schweineborsten nach Japan zur Bürstenfabrikation eingeführt.

Leipziger Pianofortefabrik Gebr. Zimmermann, Aktiengesellschaft in Müllau. Die Generalversammlung vom 5. Mai dieses Jahres hat die Erhöhung des Grundkapitals um 250000 Mk., zerfallend in 250 Aktien à 1000 Mk. beschlossen. Diese Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. Das Grundkapital beträgt hiernach 750000 Mk.

Warnung! Aus Dresden schreibt man uns: Der Tischler Joseph Zima, geboren am 27. Mai 1880 in Cunic in Böhmen, sucht auf das Schweizer Verbandsbuch Nr. 10046, lautend auf Joseph Zimer, Unterstützung zu erschwindeln, in mehreren Orten mit Erfolg. Die Beiträge sind bis Ende September 1904 à 20 Rappen, für Oktober 1904 à 30 Rappen ordnungsgemäß bezahlt. Für die Monate November und Dezember 1904 sowie Januar und Februar d. J. sind, ohne daß Zima bei einer Zahlstelle respektive dem Zentralvorstand angemeldet war, unfaubere Marken à 20 Rappen geklebt. Die weitere Zeit will Zima krank gewesen sein. Nach Auskunft des Vorstandes des Schweizer Verbandes sind letztere Marken entweder gestohlen oder aus einem anderen Buche losgelöst und wieder verwendet. Die Angaben Zimas über die Herkunft dieser Marken haben sich als Schwindel erwiesen. Aus diesen Gründen ersucht der Vorstand des Schweizer Verbandes, das Buch dem Zima beim Vorzeigen wegzunehmen und nach dort einzusenden. Bemerken wollen wir noch, daß Joseph Zima identisch ist mit einem der Brüder Zima, vor welchen der österreichische „Holzarbeiter“ schon vor circa vier Jahren einmal als Kassenräuber warnte.

Ferner wird uns von unseren Wiener Kollegen mitgeteilt, daß einer der schäblichsten Streikbrecher vom Unternehmers Benzel Müller, wegen dem mehrere Kollegen eingesperrt wurden, der auch Tagelöhner zu Maschinenarbeitern abgerichtet hat, nach Deutschland gefahren ist. Derselbe heißt Johann Sincera, im Jahre 1866 zu Polna in Böhmen geboren, Maschinenarbeiter. Wir möchten unsere Kollegen vor dem Burschen warnen. Er soll sich angeblich nach Nürnberg gewandt haben. — Außerdem sind auch zwei Tischler, die bei Müller Streikbrecher gewesen, nach Passau gereist. Diese heißen Franz Repey, 23 Jahre alt, und Karl Zedymeister, 19 Jahre alt.

Gewerkschaftliches.

Nur ein paar Tatsachen.

und bloß aus neuerer Zeit, stellt „Die Neue Gesellschaft“ fest, aber sie genügen, um die ganze rechtliche Misere, unter der die deutsche Arbeiterchaft zu leiden hat, zu charakterisieren. Man höre nur:

Ein Streikender sagt zu einem Arbeitswilligen: „Wenn du Geld brauchst, kriegst du welches aus dem Verband.“ — Das ist eine Beleidigung und wird mit fünf Tagen Gefängnis bestraft.

„Wir werden dich schon kriegen“ (nämlich in den Verband), ist eine Drohung mit einem Übel und kostet eine Woche Gefängnis.

„Sech (den Streikenden) kommt der Teufel auf den Kopf“ — drei Monate Gefängnis.

„Streikbrecher!“ — drei Wochen Gefängnis.

„Wir werden uns in der Versammlung mit dir beschäftigen“ — drei Monate Gefängnis.

„Wir werden dich bei den Schweinsohren kriegen“ — ein Monat Gefängnis.

„Pfu!“ (und Ausspeien) — ein Monat Gefängnis.

„Streikbrecher, Speichellecker“ — zwei Monate Gefängnis.

„Macht, daß ihr fortkommt, sonst schiesse ich“ (und Klappern mit dem Deckel der Schnupftabakdose) — drei Monate Gefängnis.

Ein Arbeitswilliger nennt die Streikenden „Lumpen“ und erhält dafür eine Ohrfeige. Der Anwalt beantragt gegen den Attentäter fünf Monate Gefängnis. Mit dem Ausdruck Lumpen sei niemand beleidigt worden, da man Bestloße gemeinhin als Lumpen bezeichne — Urteil sechs Wochen Gefängnis.

Das Herrenhaus des preussischen Landtags beschloß am 28. Juni, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, sobald als möglich und mit allem Nachdruck Maßregeln zu ergreifen, welche geeignet sind, den Arbeitswilligen denjenigen Schutz zuteil werden zu lassen, auf welchen sie einen berechtigten Anspruch haben.

Ein Führer des Zentrums, Graf Ballestrem, stimmte für diesen Beschluß.

Die Aussperrungen. Die Aussperrung in den bayerischen Metallindustriebezirken ist nach längeren Unterhandlungen, die auf Einladung des bayerischen Staatsministeriums zwischen der beteiligten Arbeiter- und Unternehmerorganisation geführt worden sind, durch einen Vergleich beendet worden. Danach werden die Arbeiterorganisationen anerkannt, die den Austritt aus der Organisation fordernden Reserve werden seitens der Unternehmer zurückgezogen. Außerdem wird in allen im bayerischen Metallindustriellenverband organisierten Betrieben die 58stündige wöchentliche Arbeitszeit und eine der Arbeitszeitverkürzung entsprechende Lohnerhöhung eingeführt. Auch die Aussperrungen in der Dresdener Zigarettenindustrie sind durch einen Vergleich zwischen der Fabrikantenorganisation und dem Tabakarbeiterverband beendet worden. Auch hier haben die Fabrikanten die Gewerkschaft ausdrücklich

lich anerkannt, außerdem haben sie den Arbeiterinnen Zugeständnisse in der Lohnfrage gemacht. Gegenwärtig sind noch ausgeperrt die Bauarbeiter im Ruhrrevier, wo die Unternehmer sogar ihren Willen zu erkennen gegeben haben, zur besseren Durchführung ihrer Aussperrung die in mehreren Städten noch bestehenden Tarife einfach kurzerhand zu brechen. Gegen diesen beabsichtigten Tarifbruch der Unternehmer hat der Oberbürgermeister Zweigert entschieden Stellung genommen. Ferner ist die Aussperrung in den Unterweserorten noch nicht beendet, dieselbe hat sich sogar auf Bremer Maschinen- und Werftbetriebe ausgedehnt, und auch hier ist es von Seiten der Unternehmer zum Tarifbruch gekommen: Die Aktiengesellschaft „Weser“, die erst vor einigen Wochen mit ihren Arbeitern einen Tarif abgeschlossen hat, hat ohne jeden äußeren Anlaß am 5. Juli alle ihre Arbeiter ohne Tarifbruch entlassen. Es wird doch bald Zeit, daß mit diesen tarifbrüchigen Unternehmern einmal ein recht deutliches Wortchen geredet wird.

Über eine neue Aussperrung ist aus Düsseldorf zu berichten, wo die Holzindustriellen ihre Arbeiterkraft wegen Nichtanerkennung eines einseitig beschlossenen Tarifs auf Pfahler gesetzt haben. Den Düsseldorfer Holzindustriellen geflüstert's anscheinend nach den Vorbeeren ihrer Berliner und Hamburger Kollegen.

Internationale Gewerkschaftskonferenz. Am 23. und 24. Juni fand in Amsterdam die diesjährige Konferenz der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen statt. Anwesend waren die Landessekretäre von England, Deutschland, Österreich, Ungarn, Schweden, Norwegen, Spanien, Dänemark, Belgien, Holland und ein Vertreter der Tschechoslowakischen Gewerkschaftskommission; aus Deutschland waren C. Legien und J. Sassenbach (Berlin) als Delegierte erschienen. Legien erstattete den Bericht des internationalen Sekretariats. Die Korrespondenz mit allen Ländern war eine sehr rege. Bemerkenswert ist, daß die Franzosen das Verlangen stellten, wegen des Ausbruchs des russisch-japanischen Krieges eine außerordentliche Konferenz einzuberufen. Legien habe sich nun erlaubt, den Landeszentralen mitzuteilen, daß er sowohl als auch die Generalkommission Deutschlands an einer solchen Konferenz nicht teilnehmen würden, worüber sich die Franzosen schriftlich beklagten. Sie erklärten, daß Legien seine Stelle als internationaler Sekretär mißbraucht habe, indem er die Landeszentralen durch seine Stellungnahme zu dem Verlangen der Franzosen beeinflusste, was sie in Zukunft vermeiden wissen wollen. Auch in bezug auf die gegenwärtige Konferenz verlangten die Franzosen, daß auf die Tagesordnung Antimilitarismus, Generalstreik und Achtstundentag gesetzt werden und erklärten, falls dem Verlangen nicht Rechnung getragen werde, der Konferenz fernzubleiben. Nachdem die französischen Delegierten zur Konferenz wirklich nicht erschienen sind und sich nach den gegebenen Aufklärungen Legiens herausstellte, daß seinerseits keine Kompetenzüberschreitung geschehen, nahm die Konferenz einen Vertrauensantrag der Engländer an, worin Genossen Legien das Vertrauen ausgesprochen wurde. — Bei Beratung des ebenfalls von Legien erstatteten Klassenberichtes wurde beschlossen, den bisherigen Betrag von 50 Pf. per 1000 Mitglieder und Jahr auf 100 Pf. ab 1. Juli 1905 zu erhöhen. Weiter wird beschlossen, daß die Herausgabe des Berichtes alljährlich nach dem Kalenderjahr ausgearbeitet zu erfolgen habe. Zu Punkt 2: Untersuchungen über die Länge der Arbeitszeit in verschiedenen Ländern, begründet Döfen (Dänemark) am zweiten Verhandlungstag nachstehenden Antrag: „Die Konferenz beschließt, durch das internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen im Jahre 1905 eine Untersuchung über die Länge der Arbeitszeit in den verschiedenen Ländern vorzunehmen. Das durch die Untersuchung gewonnene Material ist den Landeszentralen in den drei Hauptsprachen in gewöhnlicher Weise Anfang des nächsten Jahres zuzustellen.“ Dieser Antrag wird mit der Änderung, daß die Erhebungen statt für 1905 für 1906 zu erfolgen haben, angenommen und mit dem Auftrag, entsprechende Normen für diese Erhebungen auszuarbeiten, dem internationalen Sekretär zur Durchführung überwiesen. Ein Antrag der Holländer: „Das internationale Gewerkschaftsbüreau hat das Recht, Legitimationen für alle an die internationale Gewerkschaftsbewegung angeschlossenen Organisationen auszufolgen,“ wurde, weil nicht in die Kompetenz der Landessekretäre fallend, abgelehnt, jedoch der Wunsch geäußert, daß die Gewerkschaften Englands endlich die in vielen Branchenorganisationen üblichen Schwierigkeiten, die den kontinentalen Arbeiter bei der Aufnahme, ja sogar Abweisungen, treffen, beseitigen mögen. Die Engländer versprachen ihr möglichstes zu tun, um diese berechtigten Beschwerden zu beseitigen. Der Antrag der Engländer zu Punkt 3 der Tagesordnung, der die Frage betrifft, ob die Arbeit nach weise paritätisch anzustreben oder ob den gewerkschaftlichen der Vorzug zuzusprechen sei, wird, da der internationale Sekretär erklärt, er werde die Landeszentralen auffordern, für den internationalen Bericht Angaben über die Verhältnisse dieser Arbeit nachweise zu liefern, vertagt. — Legien referierte nun zu Punkt 4 über eine Vorlage der deutschen Generalkommission, die eine Änderung der bisherigen Bestimmungen über die Aufgaben und den Wirkungsbereich der Konferenzen der Landessekretäre enthält und die sich nach den praktischen Erfahrungen als notwendig erwiesen hatten. Diese Vorlage wurde in nachstehender Fassung angenommen: „Die Sekretäre der dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Landeszentralen oder die von den gewerkschaftlichen Landeszentralen ernannten oder von den angeschlossenen Gewerkschaften gewählten Delegierten treten alle zwei Jahre zu einer Konferenz zusammen. Zu diesen Konferenzen darf jede Landeszentrale höchstens zwei Delegierte entsenden. Aufgabe der Konferenzen ist, zu beraten über den engeren Zusammenschluß der Gewerkschaften aller Länder, über einheitlich zu führende Gewerkschaftsstatistiken, über gegenseitige Unterstützung in den wirtschaftlichen Kämpfen und über alle unmittelbar mit der gewerkschaftlichen Organisierung der Arbeiterkraft in Zusammenhang stehenden Fragen. Ausgeschlossen von der Beratung sind alle theoretischen Fragen und solche, die die Tendenzen und die Taktik der gewerkschaftlichen Bewegung in den einzelnen Ländern betreffen. Die ersteren Fragen zu beraten, ist Sache der internationalen Arbeiterkongresse, die letzteren Fragen sind auf den gewerkschaftlichen Landes-

kongressen zu entscheiden.“ — Dann wurde beschlossen, die nächste Konferenz in Christiania, und zwar im Anschluß an den skandinavischen Arbeiterkongreß, abzuhalten. Das Sekretariat verbleibt in Berlin, und Genosse Legien wird als Sekretär der internationalen Verbindung neuerdings bestätigt.

Christliche und katholische Gewerkschaften. Der wüste Kampf zwischen „christlichen“ (M.-Glabbacher) und „katholischen“ (Berliner) Gewerkschaften ist im Saargebiet zur Siedehitze gediehen. Die Zentrumspresse hätte alle Ursache, statt sich um die Zwistigkeiten zwischen freien Gewerkschaftlern und einigen sozialistischen Organen zu kümmern, hübsch vor der eigenen Tür zu kehren und den „Ton“ im christlichen Bruderkampf zu schmelzern. Der christliche Gewerkschaftssekretär Hültes ist schon so weit getrieben worden, daß er den Arbeitern warnend zurief: „Die Geistlichen betören euch!“

Neuerdings sind die Geistlichen derart zertörend in den Gewerkschaftsversammlungen aufgetreten, daß beschlossen wurde, zukünftig diesen Geistlichen keinen Zutritt zu den Versammlungen zu gestatten. Man kann sich denken, wie es dort zugegangen ist.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Ein Lump bleibt ein Lump. Bekanntlich haben jetzt alle Opfer des Löbtauer Zuchthausurteils die düsteren Mauern von Waldheim verlassen. Nun tritt aber der Denunziant und Kronzeuge in jener unglückseligen Sache, der Maurer Schmidt, den Weg in das Gefängnis an — leider nur für sieben Monate. Dieser Ehrenmann hatte vor einigen Monaten mit einem anderen Arbeiter in einer Wirtschaft einen Streit, er lauerte deshalb seinem Gegner beim Nachhausewege auf, hatte aber das Malheur, sich selbst eine tüchtige Pracht Prügel dabei zu holen. Dabei rächte sich der im Denunzieren so Geübte durch eine Anzeige bei der Dresdener Polizei, der andere Arbeiter sollte ihn auf der Straße räuberisch überfallen und ihm auch wirklich die Uhr geraubt haben. Es stellte sich jedoch sogleich die völlige Grundlosigkeit dieser Anzeige heraus, und Schmidt, der seinen Gegner wegen Straßenausbeutes in das Zuchthaus bringen wollte, muß nun selbst hinter die schwedischen Gardinen.

Eingefandt.

An die Klavierarbeiter Deutschlands.

Eine Vertrauensmännerkonferenz der Dresdener Klavierarbeiter hat nach einer Aussprache über die Lage unserer Branche hier am Orte und im allgemeinen beschlossen, beim Hauptvorstand die Einberufung einer Klavierarbeiterkonferenz zu beantragen. Der Hauptvorstand hat denn auch seine Geneigtheit zur Abhaltung einer solchen Konferenz zu erkennen gegeben, so daß es jetzt an uns Klavierarbeitern liegt, die Vorarbeiten für dieselbe in die Hand zu nehmen. Kollegen! Die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer solchen Branchenkonferenz wird von wenigen bestritten werden können. Ist es doch so ziemlich ausgeschlossen, daß Anträge und Wünsche der einzelnen Branchen, soweit sie nicht allgemeiner Natur sind, auf den Verbandstagen erörtert und geregelt werden können. Von diesen Gesichtspunkten sind wohl auch die Parteilager und Korbmacher ausgegangen, als sie ihre Konferenzen veranstalteten.

In Beratungskreis wird es unseres Erachtens auch einer Klavierarbeiterkonferenz nicht fehlen. Die Organisationsverhältnisse unserer Branche lassen sehr viel zu wünschen übrig. Wenn auch in einzelnen Zahlstellen der Organisationsstand ein guter zu nennen ist, so ist er doch in anderen Orten wieder um so schlechter, so daß es immer ein gewagtes Experiment ist, wenn die Kollegen an diesem oder jenem Ort in einen Lohnkampf treten wollen, trotzdem sie vielleicht sehr gut organisiert sind. Ist das richtig, was vor einigen Wochen in der „Solgarbeiter-Zeitung“ in einem Besprechungsbericht geschrieben wurde, daß von den in Deutschland beschäftigten Klavierarbeitern nur 26 Prozent organisiert sind, so haben wir alle Ursache, uns damit zu befassen, wie diese Interesslosigkeit beseitigt werden kann. Wir halten hier eine mündliche Aussprache für sehr am Platze, da es nicht ausgeschlossen ist, daß es in einzelnen Orten an der nötigen Unterstützung oder auch gar an dem nötigen Eifer zur Agitation fehlt. Unseres Dafürhaltens ist es notwendig, daß wir uns eine Rührerschaft wählen, welche die Agitation zu leiten hat und an welche in bestimmten Zeiträumen Bericht über die Zahl der beschäftigten und organisierten Kollegen einzureichen ist. Auf Grund dieser Eingaben hätte diese Kommission eventuell weitere Schritte einzuleiten.

Des weiteren ist es notwendig, unsere Stellung zu den im Laufe der letzten Jahre von den Industriellenverbänden gegründeten Maßregelungsbureaus, genannt „Arbeitsnachweise“, prinzipiell festzulegen. In der einen Zahlstelle wird er benutzt, in der anderen gesperrt. Das kann für die Dauer nicht so fortgehen, da es geeignet ist, Verwirrung unter den reisenden Kollegen anzustellen. Es ist dies schließlich mehr eine allgemeine Verbandsangelegenheit, da aber die Unternehmer der Musikinstrumentenindustrie in ihrer großen Mehrzahl wohl dem Industriellenverband angehören, halten wir eine Aussprache für dringend notwendig.

Wir ersuchen die Kollegen allerorts, in kürzester Zeit zu unserer Anregung Stellung zu nehmen. Die Ausschichten sind keine so vagen, daß man der Zukunft könnte ruhig entgegensehen, denn auch auf unsere Industrie wird der neue Zolltarif in nicht zu langer Zeit seine Schatten werfen. Rufen wir deshalb, damit wir nicht nur in der Lage sind, etwaige Verschlechterungen abzuwehren, sondern auch Verbesserungen unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeiführen können. Wir bitten, alle diese Fragen baldigst in unserem Verbandsorgan einer eingehenden Erörterung zu unterziehen, damit wir endlich einmal einen Schritt weiterkommen.

Die Sektion der Klavierarbeiter Dresdens.

Technisches.

Konstruktionsanweisungen für Möbel. Unter dieser Bezeichnung bringt Karl Pfeil, Werkführer in Berlin, eine eigenartige Neuerung auf den Markt. Auf Grund von Zeich-

nungen, Katalogausschnitten usw. liefert er Arbeitszettel für die bei der Herstellung des Möbels beteiligten Maschinen- und sonstigen Arbeiter. Die Arbeitszettel sind für die einzelnen Möbelsorte in einem handlichen Hefte zusammengeheftet und perforiert. Die Verwendung der Arbeitszettel ist in der Weise gedacht, daß zum Beispiel der Zuschneider den Zettel erhält, auf welchem die einzelnen, für das Möbelfstück notwendigen Hölzer nach Länge, Breite und Dicke vorgezeichnet sind. Die Möbel werden mit Buchstaben und die einzelnen Teile mit Ziffern bezeichnet; so bedeutet in dem uns vorliegenden Musterheft, welches sich auf eine Sorte Bettstellen bezieht, A 1 die Stollen für diese Bettstellen, A 2 die breiten Friese, A 5 die geschweiften Kopfstücke, A 6 die Füllungen usw. Diese Zeichen werden nach jeder Bearbeitung auf einzelne der Stücke geschrieben. Auf dem Arbeitszettel ist auch gleich der Arbeiter bezeichnet, der den Gegenstand zur weiteren Bearbeitung erhält; zum Beispiel A 5 = geschweifte Kopfstücke liefert der Zuschneider an die Bandsäge. Der Mann an der Bandsäge sieht dann aus seinem Arbeitszettel sofort, was er mit den A 5 gezeichneten Stücken machen und daß er sie an die Hobelmaschine weitergeben soll, wenn er fertig ist. Mit Hilfe dieser Arbeitszettel können also die einzelnen Arbeitsstücke durch alle für ihre Bearbeitung in Betracht kommenden Hände gehen, ohne daß es jedesmal einer Anweisung bedarf, denn der Maschinenarbeiter und Tischler findet auf seinem Arbeitszettel alles, was er wissen muß.

Diese Konstruktionsanweisungen bilden besonders für Geschäfte, in welchen Massenartikel hergestellt werden, ein wichtiges Hilfsmittel, welches sowohl dem Werkführer als auch dem Arbeiter die Arbeit wesentlich erleichtert; es darf daher erwartet werden, daß sie sich bald Eingang verschaffen.

Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (G. S. 3 in Hamburg).

Überschüsse sandten ein in der Zeit vom 16. Juni bis 6. Juli: Berlin G 1800 Mk., Chemnitz 800, Berlin A 600, Düsseldorf, Vichtenberg je 550, Kitzdorf, Plagwitz je 500, Berlin D, Ehrenfeld, Mühlberg, Fürth, Offenbach, Schwehingen, je 400, Mühlburg, Breslau je 350, Berlin E, Weiskensee, Osterwick, Augsburg, Görbe, Karlsruhe, Boll, Lindenthal, Hannover, Weimar je 300, Urach 270, Kuit, Deub, Cöln II je 250, Schwenningen 230, Vockenheim, Schw. Gmünd, Starnberg, Hamburg IV, Giebichenstein, Reinickendorf, Wittenberg, Rall, Altenburg, Emmendingen, Halberstadt, Kl.-Fischer, Wangen, Zeil, Verden, Löbtau, Feudenheim, Kaiserlautern je 200, Nowawes 197,50, Fürth 180, Camberg 170, Martensdorf 160, Leipzig I, Neulohrheim, Striegau, Stötteritz, Dürkheim, Bries, Schwerte, Freiberg i. S., Stettin, Brandenburg, Dietesheim, Mülheim (Ruhr), Altenstadt je 150, Gotha 120, Obertrittingen, Mülheim (Main), Waldkitten, Langenweddingen, Tharandt, Pittorf, St. Garloff, Ubbau, Friedena, Rastatt, Botnang, Klauen b. Dr., Gießhal, Nar.-Wirschnitz, Lambrecht, Merseburg, Berghofen, Pforzheim, Duisburg, Odesloe, Plessburg, Gopmannsdorf, Köpchenroda, Göttingen, Rühlheim, Bromberg, Riechy, Schw. Hall, Zangenberg, Hamburg I je 100, Kirchdittmold, Guben, Cannstatt je 80, Prizwall 70, Öttingen, Wehlar je 60, Sonneberg 50,19, Dranienburg, Rübighelm je 50, Summa 22120,69 Mk.

Zuschüsse erhielten: Berg-Grabbach, Mühlburg I, Neudnitz je 200, Dörrad, Wilhelmshagen, Weinheim, Gießen, Lampertshausen je 150, Pflaumheim, Öblich, Gildesheim, Söhenheim, Kessenich je 100, Berchtesgaden 90, Kempten 80, Straßburg, Jena, Heidesheim, Wenigenjena, Bettenhausen je 75, Waldau 60, Wilster, Ödingen, Luckenau, Neuhausen, Nordhausen je 50, Cranz 20. Summa 2725 Mk. Krankengeld an Einzelmitglieder wurde gezahlt 1610,27 Mk..

Invalidentfonds.

Für denselben gingen seit letzter Quittung in Nr. 48 vom 27. November 1904 folgende Beiträge ein: Berlin B 14,15 Mk., Berlin C 50, Berlin D 100, Berlin E 100, Berlin F 297,10, Berlin G 250, Kitzdorf 100, Charlottenburg 40,14, Baum, schulenburg 10, Mühlburg 18,43, Striegau 15, Konstanz 7, Hermsdorf 2,50, Cöln I 32,15, Rall 59, Fahr 5, Gießwerda von Gebauer —,50, Keulkingen 5, Beierthain 14,10, Spandau 8,33, Ehrenfeld 40, Cöln (durch Hoppel) 40, Selterhausen 25, Neu-Jenaburg 23,40, Weierstadt 25, Hamburg (Überschuß vom Weihnachtsvergügen) 215,65, Gießen 13, Hermsdorf 5, Schmölln 5, Wahren 14, Kl.-Fischer-Bindenau-Plagwitz (durch Anders) 150, Wickendorf 4,40, Dresden N 6, Bamberg 13, Borck 20, Schöneberg 20, Gohlis 25, Breslau 2,60, Kleinhausen 10, Mülheim a. Rh. 6,65, Cöln 29,39, Gotta 5, Dresden und Umgegend 78, Gießingfeld 7, Potschappel 14,45, Bittel in Altona 4, Urach 2,53, Fürth 5, Wickendorf 3,20, Cannstatt 2, Büschena 4, Minden 5, Wundenheim 30, Stuttgart 18,50, Würzburg I 20,80, Striegau 20, Bries —,75, Augsburg 30, Weimar 4,50, Zinsen der Sparkasse 55,74. Summa 2127,01 Mk. Hierzu Raffensbestand laut voriger Quittung 3051,44 Mk., ergibt zusammen 5178,45 Mk.

Unterstützung wurde gezahlt: In 127 Fällen je 25 Mk., in 13 Fällen je 20, in 1 Fall 15, in 1 Fall 10 Mk. Porto für Geldsendungen usw. 18,85 Mk. Summe der Ausgaben 3578,85 Mk., so daß in Kasse befindlich 1599,60 Mk. Allen Gebern im Namen der Unterstützten besten Dank. A. Suck, Hauptkassierer.

Allgemeine Kranken- und Sterbefasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgegnossen. (G. S. 86, Hamburg.)

Im Juni sandten Überschüsse ein: Cöln 200 Mk., Mühlburg 200, Berlin C 100, Selmstedt 100, Regnitz 100, Burg 100, Grotzen 200, Hamburg II 150, Gelle 100, Magdeburg 100, Schweidnitz 100. Summa 1450 Mk. Zuschuß erhielten: Harburg 250 Mk., Wald 200, Hannover 100, Berlin B 250, Gießen 100. Summa 900 Mk. Die Abrechnungen des zweiten Quartals müssen bestimmt bis Ende Juli hier eingegangen sein, die dann noch fehlenden werden bei der nächsten Quittung bekannt gegeben. Jul. Witzmann, Hauptkassierer, Hamburg 19.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Mitglied. Die Veranstaltungen finden jeden ersten und dritten Samstag im Monat abends 9 Uhr im Stadtpart statt.

Anzeigen.

Blomberg. Unser Verkehrslokal befindet sich im Gasthof zur Neustadt, Neustadtstr. 2. Das Verkehrslokal befindet sich bei Kollege Aug. Wille, Drachstr. Umfahen ist strengstens untersagt.

Cassel. Das Verkehrslokal befindet sich bei Damm, Graben Nr. 60. Dasselbst Reiseunterstützung und Arbeitsnachweis, abends von 6-7 1/2 Uhr. Das Umfahen ist streng untersagt.

Darmstadt. Den Kollegen zur Kenntnis, das sich unser Arbeitsnachweis bei Kollege Gitting, Liebfrauenstr. 37 befindet. Die Kollegen werden ersucht, in diesem Geschäft nur Arbeitsstellen anzunehmen, die durch unseren Arbeitsnachweis vermittelt sind. Umfahen ist streng verboten.

Detmold. Bevollm. J. Kun, Wehrenhagenstr. 26. Kassierer G. Blante, Hubertstr. 2. Das Verkehrslokal befindet sich bei Kollege Gitting, Liebfrauenstr. 37. Dasselbst wird die Reiseunterstützung ausbezahlt vormittags von 8 bis 11 Uhr und nachmittags von 2-4 Uhr. Der Arbeitsnachweis befindet sich in demselben Lokal. Das Umfahen ist streng verboten.

Hilf. Die Gerberge befindet sich jetzt im Gewerkschaftshaus, Fährstraße 24. Hünzburg. Der Arbeitsnachweis der Holzarbeiter befindet sich in der Zentralthalle, Sülztor 1. Dasselbst wird Arbeit unentgeltlich nachgewiesen und die Reiseunterstützung von 7-8 Uhr abends ausbezahlt. Umfahen ist streng verboten.

Minden (Westfal.). Der Arbeitsnachweis befindet sich in der Zentralthalle, Ritterstraße 18. Derselbe ist geöffnet abends von 7-8 Uhr. Umfahen ist streng verboten.

Münster, Westf. Die Reiseunterstützung wird in der Gerberge „zur Heimat“, Sternstraße, ausbezahlt. Wir bitten die reisenden Kollegen, dieses zu beachten. Schöpsloh. Das Verkehrslokal befindet sich bei Gein. Wülfner, Königstr. Dasselbst wird die Reiseunterstützung ausbezahlt und Auskunft erteilt.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Wilsch, Hermannstraße 26, Hg. 1 r. Umfahen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird bei Singer, Gemeinbedarfsgesch. 6, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Deutscher Holzarbeiter-Verband Zahlstelle Naumburg a. S.

Der Arbeitsnachweis für Tischler liegt in Händen der Lokalverwaltung ab 1. Juli cr. laut Vertrag vom 1. 5. 05. Meldungen beim Kassierer. Umfahen zwecklos. Wir bitten die Lokalverwaltungen, dies zweckentsprechend bekanntzugeben.

Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Stuttgart.

Der bisherige Beisitzer im Verbandsvorstand, Kollege Joh. Vaterle, ist infolge Berufswechsel aus dem Vorstand ausgeschieden. Die Ersatzwahl für denselben findet in der Mitgliederversammlung am 22. Juli statt.

Achtung Reisende!

In Karlsruhe i. B. wird die Reiseunterstützung abends von 7-8 Uhr, Sonn- und Feiertags von 11-12 Uhr im Gasthaus zum Störchen, Gartenstraße 4, ausbezahlt. Wir ersuchen die Mitglieder, sich daran zu halten und das Aufsuchen des Kassierers in der Wohnung zu unterlassen.

Die Kollegen allerorts werden gebeten, uns den Aufenthalt des Maschinenarbeiters Otto Kallmeyer, Buchn. 63690, bekannt zu geben. Derselbe hat das Geld für einlassierte Beiträge noch nicht abgeliefert.

Die Lokalverwaltung der Zahlstelle Naumburg a. S.

Stuhlbauer Karl Weisig, Buchn. 2161, wo steckt Du? Bitte um Deine Adresse. Wilhelm Arnold, Nies-Weida.

Der Werkmeister Vincenzo Ceseretti, Buchn. 82843, wird ersucht, seine Adresse sofort an Unterzeichneten einzulassen. Da es sich um Klagesachen handelt, werden die Verwaltungen gebeten, Betreffenden darauf aufmerksam zu machen. Paul Müller, Schenkstr. 51.

Tüchtige bessere Möbelschreiner und Stuhlmacher per sofort dauernd gesucht. Ludwig Alter, Hofmöbelfabrik Darmstadt.

Tüchtige Tischler, auch ein Maschinenarbeiter, welche auf Bau und bessere Möbel arbeiten können, finden dauernde und gut bezahlte Stellung. Nur ältere oder verheiratete Leute finden Berücksichtigung. W. Heinrich, Osterholz-Scharmbeck.

Zwei tüchtige Möbel- und Bautischler sucht sofort. O. Roggow, Tischlermeister Ludwigslust (Meckl.).

Einen Bautischler stellt sofort ein Fr. Bischoff, Weida i. Sarg. Ältere geübte Bautischler und Maschinenarbeiter, auf Bauarbeit geübt, stellt ein Heinr. Mittag, Cottbus.

Zwei Tischler und zwei Maschinenarbeiter für dauernde Stellung gesucht. Aug. Werdermann, Luxusmöbelfabrik Trebbin, Kreis Zeltow.

Mehrere tüchtige Tischler für bessere eichene Möbel und Geschäftseinrichtungen für dauernd gesucht. Möbelfabrik A. Türklitz Brandenburg a. S.

4-5 tüchtige Weizer und mehrere tüchtige Polierer für moderne Möbel auf dauernd sofort gesucht.

Ludwig Alter, Hofmöbelfabrik Darmstadt.

Tüchtige Stuhlbauer und Polierer für dauernde Arbeit bei gutem Lohn gesucht. Cramer & Mönig, Stuhlfabrik Sameln a. d. Wefer.

Gesucht tüchtige Stockpolierer, sowie Partridge- und Loufinghagenbieger für lohnende, dauernde Beschäftigung. Umzugslosten werden nach Übereinkunft vergütet. H. C. Meyer jr., Sargburg a. Elbe.

Tüchtiger unverheirateter jüngerer Fräiser für sofort gesucht. Harzer Kontormöbel-Fabrik, G. m. b. H. Goslar a. Sarg.

Ein junger Bürstenmachergeselle, welcher sauber und flott einziehen, auch etwas pechen und mischen kann, erhält dauernde und lohnende Beschäftigung bei Hermann Hausbalk, Bürstenfabrik Seiligenstadt, Provinz Sachsen.

Ein Bürstenmacher findet dauernde Beschäftigung in Mischen, Pechen und Einziehen auf sofort.

F. Penz, Braunschweig.

Drechsler auf Türdrückerteile usw. eingearbeitet, sofort gesucht. Welge & Schmidt, Lindenfeld, Weiff.

Zwei tüchtige Korbmacher auf grün Gematt sucht bei dauernder Arbeit Ad. Süsmilch, Korbmachermeister Barchen-Langerhütte.

Zwei Korbmacher auf Mattarbeit (Rattenselbste) sofort gesucht. F. Reichert, Gardelegen.

2-3 Korbmacher werden auf Großgeschlagenes bei erhöhtem Lohn sofort gesucht. Karl Apelt, Mühlberg a. Elbe.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt 3-4 Korbmacher auf Reifekörbe bei hohem Akfordlohn. Eckenfelder & Widmann Balingen (Württ.).

3-4 Korbmachergehilfen auf Mattarbeit (Ballonkörbe) sofort gesucht. Stücklohn 80, 85 und 40 Pfennig. C. Hoffmann, Korbfabrik, Cassel Sedanstraße 5.

Suche per sofort einen jüngeren Korbmachergehilfen auf grün und weiß. Karl Bär, Gardelegen, Altmark.

Suche mehrere Korbmacher auf grüne Backkörbe. Akfordlohn pro Stück 40 Pf. Peter Wiesner, Linsburg a. Sarg.

Suche sogleich einen recht soliden und tüchtigen Korbmachergehilfen, Mitte der dreißiger Jahre, der meinem Geschäft vorstehen kann. Derselbe muß mit allen in der Korbmacherei vorkommenden Arbeiten vollständig vertraut sein.

Frau Brümer Witwe, Korbgeschäft Dramburg (Pommern).

Jüngerer Korbmacher auf Gestellarbeit, sowie zur Mithilfe auf Geschlagen und Hohlarbeit gesucht. Stellung dauernd. Hermann Hausbalk, Bürstenfabrik Seiligenstadt, Provinz Sachsen.

Tischler-Fachschule Detmold

Werkführer- und Technikerkurse Gefällige Meister-Prüfung Programme frei durch die Direktion

Halle a. S.

Julius Hammerschlags Herkules-Hose ist unstrittig die beste Arbeitshose der Welt! mit Ledertaschen und Riemenaltern in gestreift und einfarbig pr. Stk. 4,50 Mk. Als Mass genügt Schrittlänge und Bundweite. Vers. von 15 Mk. an franko. Julius Hammerschlag Halle a. S. Gr. Ulrichstr. 36.

Vorsicht!

Lassen Sie sich nicht täuschen durch nachgemachte

Granat-Politur

Granat-Politur ist meine Erfindung, seit 10 Jahren anerkannt lt. zahlreichen Gutachten. Alle anderen gleichnamigen Fabrikate sind wertlose Nachahmungen, deren Nachteile sich später bemerkbar machen.

Eine einzige Firma bezog nachweislich seit Oktober 1904, also in fünf Monaten, für ca. 5000 Mark Granat-Politur von Lack- und Politurwerk C. Bratsch Reinickendorf-Berlin.

Gesucht zwei Korbmacher sofort auf Mattarbeit.

Ludw. Behsen, Trittau (Holstein).

Ich suche 3-4 tüchtige Korbschneider, welche im Zuschneiden gut geübt sind. Gest. Offerten mit Lohnansprüche an

K. A. Peter Nachf., Korbfabrik Bretten i. B.

Sterbefalls halber ist in Lauenburg a. Elbe eine gutgehende Tischlerei mit Inventar, Holzlager und Wohnung billig zu verkaufen. Näh. H. Voss, Hamburg, Emilienstr. 121.

Korbschneider auf Hobelmaschine sofort gesucht. L. Flaar, Köln a. Rh.

Möbelmagazin mit Bautischlerei (Motorbetrieb), bestrenommiertes Geschäft mit großem Umsatz in lebhafter Industriestadt der Niederlausitz ist sofort mit schönem gr. Grundstück zu verkaufen, eventuell auch zu verpachten. Tüchtigem Geschäftsmann bietet sich selten günstige Gelegenheit. Erforderlich einige 1000 Mk. Preis des Grundstücks inkl. Maschinen 65000 Mk. Offerten unter A. B. 45 beförd. d. Exp. d. Bl.

Deutscher Holzarbeiter-Verband - Zahlstelle Berlin

Am 14. Juni ist in der Gormannstraße 13, vorn, eine Treppe, der Paritätische Arbeitsnachweis der Berliner Holzindustrie eröffnet worden.

Die Arbeitsvermittlung erfolgt von 9 bis 1 Uhr für die Branchen der Tischler, Maschinenarbeiter, Möbelpolierer, Einseger, Möbelsticker, Drechsler und Stellmacher. Die Arbeitsvermittlung ist unentgeltlich. Die bisher bestandenen Nachweise dieser Branchen sind geschlossen. Die Klavierarbeiter, Bodenleger, Stockarbeiter, Rahmenmacher, Jalousteinarbeiter, Korbmacher, Rammacher, Perlmutterarbeiter und Bürstenmacher werden Engländer 15 vermittelt. Die Ortsverwaltung.

Wir bringen

eine entzückend schöne und grosse Auswahl in Herren-Anzug- und Paletotstoffen, Damenkleider- und Blusenstoffen jeder Art. Die Preise sind bekannt niedrig, die Qualitäten vorzüglich, was tausende von Anerkennungsschreiben beweisen.

Verlangen Sie kostenlose Zusendung

unserer Muster und Kataloge!

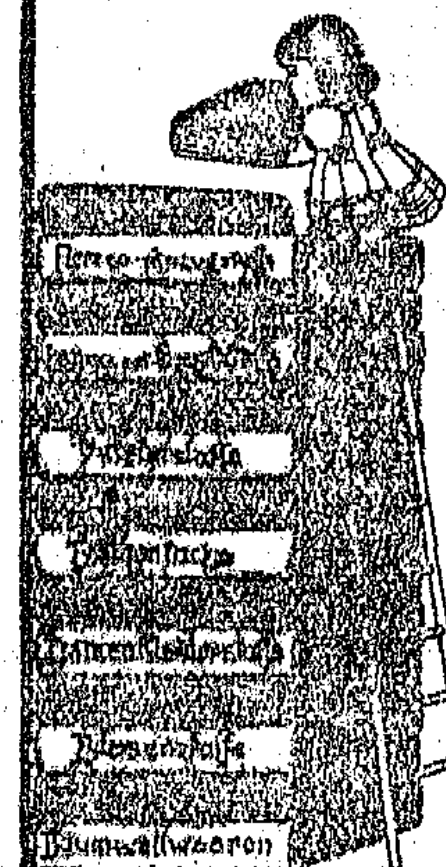
Direkter Bezug! Kein Kaufzwang!

Wir liefern bei Beiträgen von 15 Mark an franco ins Haus:

5 m Monopol-Cheviot für 6, 80
3, Fantasio-Anzugstoff „ 9, -
3, Ia. Kammg.-Cheviot „ 12, 75

5 m glattes Damontuch für 8, 00
6, Kopp-Kostümstoff „ 5, 85
6, reinwoll. Kammgarn „ 6, 80

Garantie: Umtausch oder Geld zurück.



Simons-Billing Olufsen 271
Winnig-Gaumer & Co.

Tischlerschule in Sternberg in Mecklenburg

Programme und Auskunft kostenfrei.

Advertisement for Anhaltische Tischler-Zerbst, featuring a logo and text: 'Anhaltische Tischler-Zerbst', 'Hochbau-, Steinmetz- und Tiefbautechniker', 'Gleichberechtigung nach d. Kgl. Preuss. Baugewerk-Schulen', 'H. Erlas v. 22. Febr. 1904. Lehrpl. kostenfrei.'

Paul Horn, Hamburg

Pappel-Allee 26-36 * Eilbeck * Pappel-Allee 26-36 Fabrik chemischer Produkte.

- Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasser-echt, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
- Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Ölanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
- Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch almahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.
- Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
- Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
- Paul Horn's Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte, dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
- Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpolicieren, erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Ölwolken und verhindert unter Garantie das Ölanschlagen.
- Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Ware zum Versand gebracht.
- Paul Horn's Filntatsinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.
- Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswert und von ff. Qualität.
- Paul Horn liefert la. rektifizierten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
- Paul Horn ist 1897 „prelgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1897“.
- Paul Horn erhielt das 1897 Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1896.
- Paul Horn besitzt das 1897 Ehrendiplom der Drechslerlei-Fachausstellung Leipzig 1890.
- Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen u. Gewerben aus über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
- Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck. Verlag von Carl Neß in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.